



Nr. 301 | 26.06.2024

Ukraine-Analysen

- Beziehungen zu Polen
- Beziehungen zur Slowakei

ANALYSE	
Die Entwicklung der ukrainisch-polnischen Beziehungen seit Beginn der russischen Vollinvasion	2
Tadeusz Iwański (Zentrum für Oststudien, Warschau)	
ANALYSE	
Pragmatisch, indifferent, gut? Über den Zustand der ukrainisch-slowakischen Beziehungen	6
Jurij Pantschenko (Jewropejska Prawda, Kyjiw)	
STATISTIK	
Handel der Ukraine mit ihren Nachbarländern	10
Ukrainische Geflüchtete in den Nachbarstaaten der Ukraine	13
UMFRAGEN	
Die Einstellung der ukrainischen Bevölkerung zu den Nachbarländern der Ukraine	13
Die Einstellung der polnischen Bevölkerung zu Geflüchteten aus der Ukraine	19
CHRONIK	
21. – 31. Mai 2024	22

Die Entwicklung der ukrainisch-polnischen Beziehungen seit Beginn der russischen Völlinvasion

Tadeusz Iwański (Zentrum für Oststudien, Warschau)

DOI: 10.31205/UA.301.01

Zusammenfassung

Die Beziehungen zwischen der Ukraine und Polen werden vor allem von Fragen der Sicherheit definiert. Im gemeinsamen und vorrangigen Interesse beider Länder liegen der Sieg über Russland, das seit dem 22. Februar 2022 einen Angriffskrieg gegen die Ukraine führt, und der Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union und zur NATO. Wirtschaftliche Konflikte haben die Beziehungen in jüngerer Zeit zwar belastet, jedoch werden sie von einem dichten Netzwerk beiderseitiger und zwischenmenschlicher Kontakte stabilisiert. In das dritte Kriegsjahr gehen beide Länder mit dem gemeinsamen Ziel, der russischen Aggression Widerstand entgegenzusetzen.

Einleitung

In den drei Jahrzehnten seit dem Zusammenbruch der UdSSR machten die Beziehungen zwischen der unabhängigen Ukraine und dem unabhängigen Polen verschiedene Höhen und Tiefen durch. Zwar verweigerte Kyjiw seine Zustimmung, die ethnischen Säuberungen an den Polen durch ukrainische Nationalisten in Wolhynien und Ostgalizien 1943–1944 anzuerkennen, was Spannungen nach sich zog. Dennoch bezeichneten beide Seiten ihre gegenseitigen Beziehungen stets als strategisch, gründeten sie doch vor allem auf der Anerkennung der gemeinsamen Gefahr vonseiten Russlands und der Notwendigkeit, die Ukraine in die transatlantischen Institutionen zu integrieren.

Seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine am 22. Februar 2022 erreichten die Beziehungen zwischen Polen und der Ukraine zunächst ein außerordentlich hohes Niveau beiderseitiger Freundschaft, Solidarität und Unterstützung, um sich anschließend – nach knapp einem Jahr – vor allem unter dem Einfluss wirtschaftlicher Faktoren zu verschlechtern. Diese Kurskorrektur kam für beide Seiten plötzlich und war überraschend und schmerzhaft. Allerdings verdecken die Konflikte, die zwischen Polen und der Ukraine 2023 entstanden sind und sich ins erste Quartal 2024 hineinzogen, häufig die Bereiche, in denen die Zusammenarbeit fruchtbar und effektiv ist, aber ein geringeres Medienecho hervorruft. Zudem hatten die Streitthemen nicht zur Folge, dass sich die Regierungen oder die Gesellschaften der beiden Staaten voneinander abwandten, und sie signalisierten auch keine wesentliche Veränderung, was das lebhafteste Interesse beider Staaten an den gemeinsamen Beziehungen betrifft. Im Interesse Polens liegt es, dass die Ukraine ein unabhängiges, demokratisches und reformiertes Mitglied der transatlantischen Gemeinschaft wird, und ohne Polen oder im Konflikt mit ihm wird die Ukraine diese Ziele – die vor allem

die Ziele der ukrainischen Gesellschaft sind – nicht erreichen.

Polens rasche Militärhilfe war für die Ukraine überlebenswichtig

Auch wenn seit Beginn der russischen Aggression bald 30 Monate vergangen sein werden, gilt es daran zu erinnern, dass Polen als Erster und bedingungslos der überfallenen Ukraine Hilfe geleistet hat. Während andere Staaten über Hilfe in Form von nichttödlichen Waffen debattierten und sich auf eine rasche Niederlage der Ukraine einstellten, war das erste militärische Hilfspaket aus Polen bereits am Tag der Völlinvasion auf dem Weg in die Ukraine. Polnische T-72 Kampfpanzer kamen im März 2022 und Schützenpanzer im April in die Ukraine, was ermöglichte, die aus einberufenen Männern gebildeten neuen Einheiten der ukrainischen Armee zu bewaffnen. Die Lieferungen des polnischen selbstfahrenden gepanzerten Artilleriegeschützes Krab im Juni des Jahres, der ersten Exemplare dieses Typs NATO-Kaliber mit einer 155 mm-Haubitze, welche die Ukraine erhielt, und die der Ukraine gewährte Vorrangstellung beim Kauf neuer Exemplare dieses Geschützes erleichterten es ihr, die ersten Monate zu überstehen und im weiteren Jahresverlauf Erfolge zu erzielen.

Polen spielte auch eine Schlüsselrolle in der Diskussion über die Lieferung von MiG-29-Kampffluggesellschaften an die Ukraine und übergab sie als Erster zusammen mit der Slowakei im März 2023. Außerdem mobilisierte Polen die ukrainischen Partner eine Koalition zu bilden, um der Ukraine Leopard 2A4-Kampfpanzer zu liefern. Vielfach in sozialen Medien geteilte Videos über die Effektivität der polnischen Ausrüstung – z. B. des Sturmgewehrs Grot, von Mehrfachraketenwerfern oder der Panzerhaubitze Goździk – riefen in der Ukraine kein geringeres Echo hervor als die Erfolge der gefeierten türkischen Kampfdrohne Bayraktar. Polen hat der Ukraine

Know-how zur Verfügung gestellt, wie sowjetische Ausrüstung mit westlicher kombiniert werden kann, indem z. B. die amerikanische Luft–Boden–Rakete HARM auf MiG-29-Kampffjets installiert wird, und wurde Hauptlieferant für Kraftstoff, dessen Bedeutung sowohl für den militärischen als auch den zivilen Bedarf in Kriegszeiten kaum zu überschätzen ist. Seit Beginn des russischen Angriffskrieges hat Polen 44 militärische Hilfspakete für Kyjiw beschlossen. Nach offiziellen Informationen des polnischen Außenministeriums betrug der Gesamtwert der Unterstützung durch die polnische Regierung in den ersten beiden Kriegsjahren ca. 4,5 Milliarden US-Dollar – ohne die Ausgaben für die Flüchtlingshilfe, die mehrere Milliarden US-Dollar umfasste.

Warschau Unterstützung stärkt positives Image Polens in der Ukraine

Die beispiellose Unterstützung für die Ukraine zeigte sich auch in der Öffnung der Grenze und Aufnahme von Millionen Flüchtlingen, von denen bis heute ca. eine Million offiziell in Polen registriert sind. Es geht aber nicht nur um Zahlen – die Offenheit, Solidarität und Gastfreundlichkeit der Pol:innen gegenüber den ukrainischen Gästen wird langfristig in Erinnerung bleiben und auch die Konflikte auf hoher politischer Ebene werden dies nicht schmälern. Hier wurde ein moralisches Musterbeispiel aufgestellt, das auch für andere Länder Europas in Bezug auf die Opfer der russischen Aggression gelten sollte. Das polnische Sondergesetz vom März 2022, das die Bürger:innen der Ukraine *de iure* mit den polnischen Staatsbürger:innen gleichstellt, war eine reale Hilfe für die Millionen Flüchtlinge, darunter auch Kinder, die kostenfreien Zugang zum Gesundheits- und Bildungssystem erhielten. In den letzten zwei Jahren wurde Polen der wichtigste Geber im Bereich humanitärer Hilfe für die Ukraine. Insgesamt gaben die polnischen Ministerien 16 Milliarden Euro für umfassende Hilfsleistungen für die Ukraine und die ukrainischen Kriegsflüchtlinge aus.

Polen spielte bereits vor dem 22. Februar 2022 eine Schlüsselrolle, als es Frankreich und Deutschland überzeugte, dass ein Kompromiss mit Russland über die Ukraine hinweg nicht nur unmöglich, sondern schlichtweg schädlich wäre. Außerdem leistete es logistische Hilfe bei den ersten Gesprächen der ukrainischen Delegation mit Russland in Belarus und in der Türkei (März 2022) über eine Beendigung des Krieges. Diese blieben nicht deshalb erfolglos, weil die Ukraine sie abgebrochen hat, sondern weil Putin (bis heute) nicht bereit ist, einen realistischen und ehrlichen Kompromiss einzugehen und die Kapitulation der Ukraine anstrebt.

In der Folge erreichte das positive Image Polens in der Ukraine seinen Höhepunkt. Dieser Zustand hielt viele Monate an. Noch im Mai 2023 gaben in einer Umfrage

fast 95 Prozent der Befragten eine positive oder sehr positive Einstellung gegenüber Polen an. Im Dezember 2022 hatte der polnische Präsident Andrzej Duda in der Ukraine den höchsten Vertrauenswert im Vergleich zu anderen Staatsführer:innen erhalten. Dies bestätigten auch die beiderseitigen Beziehungen auf höchster politischer Ebene, der freundschaftliche, persönliche Kontakt zwischen den Präsidenten Andrzej Duda und Wolodymyr Selenskyj sowie die direkten Kontakte – Pol:innen wurden in der Ukraine geradezu bevorzugt, wollten sich die Ukrainer:innen doch, wo es nur möglich war, für die geleistete Hilfe bedanken. Es entstand die Idee, einen umfassenden bilateralen Vertrag nach dem Muster des Elysée-Vertrags zwischen Deutschland und Frankreich zu unterzeichnen, der den außerordentlichen Charakter der Beziehungen zwischen Warschau und Kyjiw rechtlich festhalten sollte. Dazu kam es allerdings nicht.

Von ersten Rissen...

Die Liste der Gesten und Aktivitäten auf polnischer Seite und der Zeichen der Dankbarkeit auf ukrainischer Seite ließe sich lang fortschreiben. Allerdings ebbt jede Mobilisierung irgendwann ab, und je größer die Opferbereitschaft ist, desto kürzer lässt sie sich aufrechterhalten. Die polnischen Streitkräfte wurden, was ihre an die Ukraine abgegebene Ausrüstung betrifft, in großem Maße ausgetrocknet und die in den USA und Südkorea neu bestellten Rüstungsgüter sind noch nicht in Polen eingetroffen. Der öffentliche Haushalt begann die an die Ukraine vergebenen bzw. für die ukrainischen Geflüchteten eingesetzten Mittel zu spüren, und hinzu kam die rasch voranschreitende Inflation. Negative wirtschaftliche Folgen ergaben sich auch aus wichtigen Entscheidungen der Europäischen Union vom Juni 2022, als alle Handelsbeschränkungen mit der Ukraine aufgehoben wurden und angesichts der russischen Blockade ukrainischer Seehäfen am Schwarzen Meer der beiderseitige Güterverkehr auf der Straße liberalisiert wurde. Entscheidungen, für die man in Friedenszeiten den mühsamen Verhandlungsweg eingeschlagen und sicherlich mehrere Jahre gebraucht hätte, was den Marktteilnehmer:innen die notwendige Zeit zur Anpassung gegeben hätte, wurden nun sehr schnell getroffen und von Warschau mit Blick auf die Notwendigkeit des Augenblicks unterstützt. In den folgenden Monaten kehrten sie allerdings als Bumerang zurück. Hinzu kamen in Polen richtungsweisende Wahlen: die Parlamentswahlen im Oktober 2023 und die Kommunalwahlen im April 2024.

Bereits Ende 2022 begannen sich erste ernstzunehmende Risse in den ukrainisch-polnischen Beziehungen zu zeigen. Im November ging im ostpolnischen Przewodów eine Rakete nieder, die zwei polnische Staatsbürger tötete. Kyjiw versuchte Warschau zu überzeugen, dass es sich um eine russische Rakete handele und Polen die-

sen Angriff nicht unbeantwortet lassen solle. Obwohl die Daten mehrheitlich zeigten, dass es eine ukrainische Rakete war, reagierte Kyjiw abweisend und versuchte, Warschau, und somit die NATO, stärker in den Krieg einzubinden. Es fielen keine Worte des Bedauerns angesichts des Todes der beiden Polen, was einen bitteren Nachgeschmack hinterließ. Im April 2023 kam Präsident Selenskyj schließlich zu einem offiziellen Besuch nach Polen, nachdem er bisher nur auf der Durchreise in Polen gewesen war, wenn er den Flughafen im grenznahen polnischen Rzeszów zum Umsteigen genutzt hatte.

Ende 2022 war Polen sowohl im Import als auch im Export der größte Handelspartner der Ukraine, ein Logistikknotenpunkt mit Schlüsselbedeutung sowie der größte Kraftstofflieferant. Jedoch führten die Hauptakteure schon zu dieser Zeit schwierige Gespräche über Themen, die bald darauf die Atmosphäre zu zerstören begannen. Das schwierigste war der wachsende Zufluss des preislich konkurrierenden ukrainischen Getreides nach Polen, nachdem Russland die sog. Schwarzmeer-Getreide-Initiative blockierte. Bei dem »Getreideabkommen« handelte es sich um einen sicheren Seekorridor im Schwarzen Meer zwischen den Häfen im Raum Odesa und dem Bosphorus, der dank einer von der Türkei und den UN ausgehandelten Vereinbarung zustande kam. Auf diesem Wege konnte die Ukraine von August 2022 bis Juli 2023 Lebensmittel und Getreide exportieren. Der Seekorridor hatte absolute Schlüsselbedeutung, zumal die Ukraine noch vor der russischen Invasion fast 90 Prozent ihrer Ernährungs- und Agrarproduktion auf dem Seeweg exportiert hatte. Die preisgünstigen ukrainischen Produkte, die seit Beginn der Vollinvasion zunehmend den Landweg per Schiene und Straße nahmen, überschwemmten den polnischen Markt sowie auch die Märkte in Rumänien, Ungarn, der Slowakei und Bulgarien. Von 29,5 Millionen Tonnen ukrainischen Mais, Weizens, Raps und Sonnenblumenöls, welche die Ukraine zwischen Februar 2022 und Mai 2023 in die Europäische Union exportierte, gelangten 38,2 Prozent (11,3 Millionen Tonnen) in die genannten Länder und davon 13,3 Prozent nach Polen (3,9 Mio. Tonnen). Da der Transport auf dem Landweg (Schiene und Straße) deutlich teurer ist als auf dem Seeweg, war es für die ukrainischen Exporteur:innen am rentabelsten, ihre Produkte auf dem nächstgelegenen Markt zu verkaufen.

... bis zu Grenzblockaden

Das verursachte Verzerrungen und Verluste vor allem bei den lokalen Produzenten in den grenznahen Regionen. Im Ergebnis verhängte die Europäische Kommission im Mai 2023 ein Embargo über den Import (aber nicht den Transit!) der vier Produkte in die Europäische Union, das Polen und die anderen vier Länder im September einseitig verlängerten. Der Zeitpunkt war nicht

optimal – Russland hatte sich im Juli aus der Getreide-Initiative zurückgezogen und im Oktober standen Parlamentswahlen in Polen an –, aber die Probleme der polnischen Bauernschaft waren nun einmal real. Sie stießen jedoch in Kyjiw auf Unverständnis und trafen auf Reaktionen, die den polnischen Enthusiasmus der Ukraine gegenüber deutlich abkühlten. Ministerpräsident Denys Schmyhal und Präsident Selenskyj schienen nicht zu wissen, dass Polen der Ukraine weiterhin den Transit der mit Embargo belegten Produkte ermöglicht. Selenskyjs Rede vor den Vereinten Nationen im September 2023, in der er im Zusammenhang mit dem Embargo suggerierte, dass Polen Russland gegen die Ukraine unterstützen würde – ein Vorwurf so absurd wie schlicht ungerichtet und realitätsfremd –, rief in Polen große Bitterkeit und im Westen mindestens Unverständnis hervor.

Obwohl infolge des Embargos kein Getreide aus der Ukraine mehr nach Polen kam, es sei denn auf dem Transitweg in die Häfen und weiter nach Westen, begannen polnische LKW-Fahrer:innen im November 2023, ukrainisch-polnische Grenzübergänge zu blockieren. Der Protest wurde am 16. Januar 2024 ausgesetzt, rief aber ein großes Echo in der Ukraine hervor, wo die Medien Polen beschuldigten, einen Handelskrieg gegen die Ukraine zu führen, den ukrainischen Logistikmarkt zerstören zu wollen und sogar den EU-Beitrittsprozess der Ukraine zu blockieren. Die polnischen Protestierenden wiederum beklagten sich über die ungleiche Konkurrenz vonseiten der ukrainischen Transporteur:innen, die infolge der Liberalisierung des Transports entstanden war – dieser unterlag nicht den strengen Anforderungen des EU-Mobilitätspakets und nahm den polnischen Kolleg:innen sowohl in der Ukraine als auch in Polen die Arbeit weg. Bald schlossen sich den LKW-Fahrer:innen die Bauern und Bäuerinnen an, die gegen den europäischen Green Deal und den Import aus der Ukraine protestierten. Die Blockade der Zufahrtstraßen zu den Grenzübergängen in die Ukraine hatte zum Ziel, der polnischen Regierung einen deutlichen Schlag zu versetzen und sie mit einem möglichen Imageverlust sowohl in der Ukraine als auch in der EU zu erpressen. Die Bauern und Bäuerinnen sind eine zahlenstarke und deutlich vernehmbare Interessengruppe in Polen (aus Bauernprotesten sind in Polen bereits mehrere politische Parteien hervorgegangen). Die Blockade der Grenzübergänge war politisch stark aufgeladen und wurde teilweise sehr wahrscheinlich auch von Russland unterstützt. Der Höhepunkt der negativen Emotionen waren einzelne Vorfälle, dass ukrainisches Getreide, das auf verminten und unter Beschuss stehenden Feldern geerntet worden war, von den Lastwagen am Grenzübergang im polnischen Dorohusk auf die Abstellgleise gekippt wurde.

Die Blockade war der stärkste Schlag für die Reputation Polens in der Ukraine. Kyjiw warf Warschau vor,

dass es nicht entschlossen handle und Angst habe, vor den bevorstehenden Kommunalwahlen im April 2024 schwach zu wirken. Die Blockade zerstörte das positive Image Polens, das es sich nach der russischen Invasion in die Ukraine aufgebaut hatte. Im März gaben nur noch 58,4 Prozent der Ukrainer:innen an, eine positive oder sehr positive Einstellung Polen gegenüber zu haben – weniger als beispielsweise gegenüber Deutschland, Rumänien, der Slowakei oder der Türkei. Die Blockade ukrainischer Grenzübergänge wurde als wichtigeres Ereignis wahrgenommen als das Zurückhalten finanzieller Hilfe in den USA oder die ungarische Blockade des Integrationsprozesses der Ukraine in die EU. Dabei muss allerdings unterstrichen werden, dass die polnischen Protestierenden humanitäre und militärische Transporte in die Ukraine nicht in großem Stil aufgehalten haben, es handelte sich um Einzelfälle und nicht um einen systematischen Plan der polnischen Bauernschaft. Diese weiß sehr gut, dass ihre Sicherheit und ihr Wohlstand vom effektiven Widerstand der Ukraine gegen Russland abhängen. Russland wiederum wurde in diesem Themenbereich aktiv, indem es Desinformation verbreitete, um Polen und die Ukraine weiter zu spalten, denn Moskau weiß, dass ein polnisch-ukrainischer Konflikt ein wichtiger Schlüssel zum eigenen Erfolg ist.

Sind die Wogen wieder geglättet?

Nach den polnischen Kommunalwahlen und der Unterzeichnung eines neuen Handelsabkommens zwischen der Europäischen Union und der Ukraine, das einen Teil der polnischen Forderungen berücksichtigt, wurden die Blockaden Anfang Mai 2024 schließlich beendet. Der Wahlkampf war vorbei (die Wahlen zum Europäischen Parlament Anfang Juni fanden keinen so großen Widerhall in der Gesellschaft) und auch der Druck der Regierung auf die Protestierenden sowie die ausgehandelten Änderungen in der Verordnung zur Liberalisierung des Handels zwischen der EU und der Ukraine ab Juni 2024 erwiesen sich als wirksam. Dies schuf eine Grundlage für die Normalisierung der ukrainisch-polnischen Beziehungen.

Gleichzeitig ist es wichtig, die Bedeutung der Konflikte um das Getreide und die LKW-Fahrer:innen sowie die Bedeutung der Grenzblockaden für die ukrainisch-polnischen Beziehungen nicht zu überschätzen. Handelskonflikte gehören, so wie auch Konflikte im Bereich der Erinnerung und des Gedenkens, zu den Beziehungen unter Nachbarländern, ähnlich wie ökonomischer Wettbewerb *per definitionem* zum freien Markt und internationalen Handel gehört. Es lässt sich nicht leugnen, dass der Krieg einen zusätzlichen Kontext bietet und die ums Überleben kämpfende und Europa vor einer Ausweitung des Krieges verteidigende Ukraine einer besonderen Behandlung und außerordentlicher Unter-

stützung bedarf. Allerdings sollten sich Engagement und Verzicht gleichmäßig auf die westlichen Partner der Ukraine verteilen und die Last nicht hauptsächlich von den Nachbarstaaten der Ukraine getragen werden. Es ist leicht, Warschau eine angebliche Abkehr von der Ukraine vorzuwerfen, denn es sind nicht die Regierungen in Berlin und anderen Hauptstädten, die unter dem Druck wirtschaftlicher Verluste für konkrete Interessengruppen und sich verschlechternder gesellschaftlicher Einstellungen gegenüber der Ukraine und den Ukrainer:innen stehen.

Es sei auch daran erinnert, dass Polen trotz Handelsstreitigkeiten seine Unterstützung für die vollständige Mitgliedschaft der Ukraine in der EU (und der NATO) nicht zurückzieht, denn es erkennt an, dass nur dieser Weg zu einem nachhaltigen Frieden nach Beendigung des Krieges führen kann. Die zutage tretende Konkurrenz und zukünftige Konflikte in diesem Bereich werden als Angelegenheit, die angesprochen werden muss, betrachtet angesichts der offenkundigen Vorteile, die eine reformierte, demokratische und vor allem souveräne Ukraine nach Beendigung des Beitrittsprozesses bietet. Der Beitrittsprozess wird lang sein und unvermeidliche Konflikte mit sich bringen, aber letztendlich haben Polen und die Ukraine ein gemeinsames Ziel.

Ein wichtiger Punkt, der aber in den laufenden Konflikten schnell übergangen wird, ist, dass Polen Kyjiw in der wichtigsten Angelegenheit, der Verteidigung der Ukraine gegen Russland, konsequent unterstützt. In diesem Bereich hat sich nichts geändert. Kyjiw weiß das gut, und hält es allzu oft für selbstverständlich, denn es meint, dass Polen auf die Ukraine angewiesen ist. Die Parole »es gibt kein freies Polen ohne eine freie Ukraine« ist eine Beschwörungsformel, die es erlaubt, sich nicht um die Beziehungen zu Warschau zu kümmern. Das Schlagwort ist aber nicht die ganze Wahrheit – schließlich ist Polen in der NATO und unterhält strategische Beziehungen zu den USA, was in der Welt von heute die allergrößte Sicherheitsgarantie ist.

Fazit

Die Hauptgemeinsamkeiten von Polen und der Ukraine gründen also vor allem auf den gleichen Sicherheitsinteressen. Das wichtigste Interesse ist der Sieg über Russland, damit es in Zukunft keine Gefahr mehr darstellt. Allerdings erklärt Kyjiw, dass Polen, indem es seinem Nachbarn hilft, vor allem für seine eigene Sicherheit Sorge. Das ist ein Faktor, der die Offenheit für die Umsetzung der Forderungen Warschaus in anderen Bereichen der bilateralen Beziehungen einschränkt, beispielsweise bei historischen Fragen. Die Ukraine ist immer noch nicht bereit, ihre Zustimmung zu polnischen Suchaktionen und Exhumierungen der polnischen Opfer aus der Zeit des polnisch-sowjetischen Krieges

von 1920 sowie der ethnischen Säuberungen an Polen durch ukrainische Nationalist:innen in Wolhynien und Ostgalizien in den Jahren 1943 und 1944 zu geben.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass in den letzten, vom Krieg gekennzeichneten, Jahren die Unstimmigkeiten in den ukrainisch-polnischen Beziehungen auf unterschiedliche Bewertungen wirtschaftlicher Fragen zurückzuführen sind. In Kyjiw werden sie als Konflikte vor einem politischen, nicht einem wirtschaftlichen Hintergrund behandelt. Für die gegen Russland kämpfende Ukraine werden die Aktivitäten vonseiten Polens, die sich negativ auf die ukrainische Wirtschaft auswirken können, als Schwächung ihres Verteidigungspotenzials betrachtet – sie gelten also als unberechtigt und unmoralisch und seien letztendlich von Vorteil für den Kreml. Die Regierung in Kyjiw sowie die ukrainischen Medien berücksichtigen in diesem Zusammen-

hang nicht die negativen Auswirkungen der ukrainischen Konkurrenz auf die wirtschaftliche Situation in Polen und suggerieren, dass die wirtschaftliche Lage keine Bedeutung haben sollte angesichts der Tatsache, dass die Ukraine auch für die Sicherheit Polens kämpft.

Einer Veränderung oder Abmilderung der kritischen oder sogar kühlen Haltung gegenüber Warschau steht auch entgegen, dass Polen zurzeit nicht über mit den USA oder Deutschland vergleichbare militärische oder finanzielle Hilfe verfügt bzw. sie nicht anbietet. Insofern zahlt Polen gewissermaßen für seine Opferbereitschaft im ersten Kriegsjahr. Deutschland aber gewinnt, obgleich es damals keine Waffen liefern wollte und nur unter dem Einfluss der öffentlichen Meinung seine Politik geändert hat.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor

Tadeusz Iwański ist Leiter der Abteilung Belarus, Ukraine und Moldawien am Institut für Oststudien, Warschau (Ośrodek Studiów Wschodnich (OSW), Warszawa). Seine Forschungsschwerpunkte sind die Innen- und Außenpolitik der Ukraine und Belarus.

ANALYSE

Pragmatisch, indifferent, gut? Über den Zustand der ukrainisch-slowakischen Beziehungen

Jurij Pantschenko (Jewropejska Prawda, Kyjiw)

DOI: 10.31205/UA.301.02

Zusammenfassung

Die bilateralen Beziehungen zwischen der Ukraine und der Slowakei wurden lange Zeit auf beiden Seiten vernachlässigt. Die Situation änderte sich jedoch mit der russischen Vollinvasion, und es kam zu einer Phase freundschaftlicher Beziehungen und konstruktiver Zusammenarbeit. Nach den slowakischen Parlamentswahlen 2023 und dem Regierungswechsel unter dem russlandfreundlichen Premierminister Robert Fico kühlten sich die Beziehungen wieder ab. Trotzdem arbeiten beide Seiten pragmatisch zusammen, wobei die Slowakei geleitet wird von wirtschaftlichen Interessen, während für die Ukraine sicherheitsrelevante Aspekte im Vordergrund stehen.

Einleitung

Lange Zeit wurden die bilateralen Beziehungen zwischen der Ukraine und der Slowakei in Kyjiw nicht als strategisch betrachtet. Mit dem Beginn der russischen Vollinvasion hat sich die Situation jedoch grundlegend geändert. Fast zwei Jahre lang konnten die politischen Beziehungen zwischen Kyjiw und Bratislava als eine Art »Flitterwochen« bezeichnet werden. Als jedoch Ende 2023 die euroskeptische Smer-SD-Partei die slowakischen Parla-

mentswahlen gewann und eine Regierung unter dem neuen pro-russischen Premierminister Robert Fico gebildet wurde, drehte sich die Situation wieder um 180 Grad. Fico macht aus seiner anti-ukrainischen Einstellung keinen Hehl. Er erklärte auch, dass die Slowakei die Militärhilfe für die Ukraine einstellen und den NATO-Beitritt des Landes nicht unterstützen werde.

Mit dem Ende der Amtszeit von Zuzana Čaputová als Präsidentin und dem Antritt von Peter Pellegrini zum

neuen Präsidenten am 15. Juni 2024 wird die aktuelle slowakische Führung der Ukraine gegenüber noch weniger freundlich eingestellt sein. Gleichzeitig haben sich die Befürchtungen, dass die Slowakei zu einem prorussischen »zweiten Ungarn« werden könnte, indem sie die Gewährung von Finanzhilfen für die Ukraine blockiert und sich ihrer Integration in die EU widersetzt, (noch) nicht bewahrheitet. Welche Faktoren prägen die Beziehungen zwischen Kyjiw und Bratislava und was bewahrt diese davor, in eine Krise abzugleiten?

Desinteresse prägte bilaterale Beziehungen auf beiden Seiten

Viele Jahre lang waren die Beziehungen zwischen Kyjiw und Bratislava nicht von vorrangiger Bedeutung für beide Staaten. Obwohl die Slowakei an die Ukraine grenzt, war sie wirtschaftlich betrachtet kein wichtiger Markt für ukrainische Exportprodukte. Bis 2014 entfielen etwa 10 Prozent der ukrainischen Ausfuhren in die Slowakei, vorrangig auf Rohstoffe, wie z. B. Holz. Es wird vermutet, dass ein erheblicher Teil des Holzhandels illegal war – ein Problem, das zu einem massiven Holzeinschlag in den ukrainischen Karpaten führte, was in der ukrainischen Gesellschaft äußerst negativ wahrgenommen wird.

Infolgedessen hatten ukrainische Unternehmen wenig Interesse an der Slowakei, sowohl als Absatzmarkt für ihre Produkte als auch als Investitionsstandort. Obwohl ukrainische Unternehmen häufig versuchten, Investitionen aus Mitteleuropa anzulocken (das der Ukraine nicht nur geografisch sondern auch kulturell und sprachlich näher ist als Westeuropa), fanden ukrainische Investitionskonferenzen in der Slowakei praktisch nie statt.

Auch auf politischer Ebene hat Kyjiw Bratislava nie als wichtigen Partner wahrgenommen. Das liegt vor allem an den unterschiedlichen Ansichten über die Russische Föderation. Im Gegensatz zu Polen, das ähnlich wie die Ukraine die Ansicht vertritt, dass Russland eine globale Bedrohung darstellt, gibt es in der Slowakei traditionell stark russophile Tendenzen. Dementsprechend orientierte sich ein bedeutender Teil der slowakischen Gesellschaft an der Russischen Föderation, in der sie eine Führungsmacht in der slawischen Welt sahen.

Das politische Desinteresse der Ukraine zeigte sich beispielsweise daran, dass bei der Überarbeitung der Liste der Partnerländer im Jahr 2021 solche Staaten wie Aserbaidschan und Brasilien als »strategische Partner« eingestuft wurden, die Slowakei allerdings nicht. Sie wurde nicht einmal in der erweiterten Liste der »potenziellen« strategischen Partner erwähnt.

Auch für die Slowakei haben die Beziehungen zur Ukraine lange Zeit keine Priorität gehabt. Der einzige Bereich, in dem die Ukraine für die Slowakei eine wich-

tige Rolle spielte, war die Energieversorgung. Der slowakische Gastransportkorridor ist im Grunde die Erweiterung des ukrainischen Korridors. Dementsprechend waren die Energiebeziehungen zwischen Kyjiw und Moskau für Bratislava immer äußerst wichtig – sowohl wegen der Gasversorgung des eigenen Landes als auch wegen der lukrativen Einnahmen durch den Transit des russischen Gases zu den westeuropäischen Märkten.

Deshalb war der russisch-ukrainische »Gaskrieg« von 2009 ein Schock für die Slowakei. Die Verluste der Slowakei wurden auf etwa 100 Millionen Euro pro Tag geschätzt. Die russisch-ukrainische Gaskrise ließ die Beziehungen zwischen der Slowakei und der Ukraine einfrieren. Die slowakische Regierung versuchte, von der Ukraine Garantien für die Aufrechterhaltung des Gastransits zu erhalten. Da Kyjiw diese jedoch nicht erhielt, kündigte Bratislava an, die europäischen Bestrebungen der Ukraine nicht mehr zu unterstützen.

Fünf Jahre später war es ironischerweise die Slowakei, die sich als Retterin der ukrainischen Energieversorgung erwies. Als Russland 2014 die Krim annektierte und den Donbas angriff, woraufhin der Gasliefervertrag mit Gazprom eingefroren wurde, waren es die »reverse gas« Lieferungen aus der Slowakei, die es der Ukraine ermöglichten, die Importverluste zu kompensieren. Es ist bezeichnend, dass die Slowakei sowohl in der Gaskrise von 2009 als auch in der von 2014 vom derzeitigen Premierminister Robert Fico regiert wurde. Der Unmut von 2009 wirkte sich nicht auf die Unterstützung der Slowakei durch Gaslieferungen in die Ukraine im Jahr 2014 und danach aus.

Diese Episode ist bezeichnend für die ukrainisch-slowakischen Beziehungen. Fico ist kein ideologischer Politiker, sondern lässt sich in erster Linie von wirtschaftspragmatischen Erwägungen leiten. Und da der umgekehrte Gasfluss für die Slowakei wirtschaftlich vorteilhaft war, hat sich Fico darauf eingelassen – und damit eher aus wirtschaftlichen denn politischen Interessen die Ukraine im Konflikt mit Russland unterstützt.

Kurze »Flitterwochen«

Seit dem Beginn der russischen Invasion in der Ukraine war die Slowakei einer der Vorreiter bei der Unterstützung Kyjiws, einschließlich militärischer Hilfe. Natürlich waren die Möglichkeiten des kleinen Landes im Vergleich zu den Vereinigten Staaten oder Deutschland, aber auch zu Polen oder Tschechien, limitiert. Insgesamt belief sich das Volumen der von Bratislava an Kyjiw überwiesenen Militärhilfe jedoch auf 671 Millionen Euro, was gemessen am BIP wiederum Rang 7 unter den Unterstützern der Ukraine bedeutet^[1] (gemessen am BIP rangiert Deutschland auf Platz 15, die USA auf Platz 16).

Der eigentliche Wert der Hilfe aus Bratislava lag in ihrer Beispielhaftigkeit und ihrem raschen Handeln. Im

April 2022, als die meisten Verbündeten der Ukraine nur Kleinwaffen und Panzerabwehrsysteme nach Kyjiw lieferten, übergab die Slowakei ihr einziges S-300-Luftabwehrsystem, wodurch sie selbst verwundbarer und abhängiger von der Unterstützung der Verbündeten wurde. 2023 übergab die Slowakei den ukrainischen Streitkräften alle ihre MiG-29-Kampffjets, insgesamt 13. Auf militärische Flugzeuge westlicher Bauart wartet Kyjiw hingegen bis heute. Darüber hinaus erhielt die Slowakei einen großen Zustrom ukrainischer Flüchtlinge. Mehr als 100.000 Ukrainer:innen fanden in dem Nachbarland vorübergehend Schutz.

Die »Flitterwochen« in den bilateralen Beziehungen der beiden Länder wurden ermöglicht durch den Machtwechsel in der Slowakei im Jahr 2020. Damals gingen die Partei von Ministerpräsident Robert Fico und seine Verbündeten von Andrej Dankos Slowakischer Nationalpartei in die Opposition. Die neue Regierung wurde von einer Koalition pro-europäischer Parteien unter Führung von Igor Matovičs OĽaNO (inzwischen »Slowakei«) gebildet. Infolgedessen wurde die Außenpolitik der Slowakei gegenüber der Ukraine wohler gesinnt. Allerdings war dieser Effekt zunächst nicht besonders spürbar – nicht zuletzt wegen der Exzentrizität des slowakischen Regierungschefs. Vor allem aber auch, weil Matovič mit einem öffentlichkeitswirksamen Skandal in Verbindung gebracht wird: Mitten in der COVID-19-Pandemie setzte er sich über die Position der gesamten Regierung hinweg, um den russischen Impfstoff Sputnik V zu kaufen (diese Entscheidung kostete ihn schließlich den Posten als Premierminister). Und als er in einem Interview von einem Journalisten gefragt wurde, was er Russland als Gegenleistung für den Impfstoff versprochen habe, antwortete er: »Die Karpaten-Ukraine« (wofür er sich später entschuldigte).

Eine glückliche Fügung für die Ukraine war die Tatsache, dass zum Zeitpunkt der russischen Invasion die slowakische Regierung von Matovičs Partner, Eduard Heger, geführt wurde. Außerdem waren die wichtigsten Minister in Hegers Regierung (Verteidigungsminister Jaroslav Nagy und die Außenminister Ivan Korčok und Rastislav Káčer) eindeutig pro-ukrainisch eingestellt. Wie wichtig dies war, wurde erst nach der Koalitionskrise 2022 und der Ersetzung der Regierung Heger durch ein technisches Kabinett unter der Führung von Ľudovít Ódor deutlich.

Die Koalitionskrise führte zur Ankündigung vorgezogener Neuwahlen im September 2023, und der Konflikt zwischen den Koalitionspartnern ermöglichte die Revanche von Robert Fico. Seit der Ankündigung der vorgezogenen Neuwahlen lag Ficos Partei Smer-SD in den Umfragen vorn. Aufgrund der hohen Wahrscheinlichkeit eines Sieges von Fico beschleunigte die Regierung Ódor die slowakischen Waffenlieferungen nach Kyjiw. Am schwierigsten war der Transfer der erwähn-

ten MiG-29-Kampffjets, da Fico alles daran setzte, diesen Transfer zu verhindern – bis hin zur Androhung strafrechtlicher Konsequenzen gegen die noch amtierende Regierung (es war rechtlich unklar, ob die technische Regierung zu einem solchen Schritt befugt war).

Ficos einziger Erfolg war schließlich die Blockierung des letzten Militärpakets, das die Regierung Ódor zwischen den Parlamentswahlen und der Bildung der neuen Regierung übergeben wollte. Die Übergabe dieses Pakets wurde von der Präsidentin Zuzana Čaputová blockiert. Ihrer Meinung nach hätte ein solcher Schritt einen Präzedenzfall geschaffen, da der Gewinner der Parlamentswahlen die Übergabe der Militärhilfe an Kyjiw strikt ablehnt.

Kompromisse mit Fico

Nach dem Sieg der Smer-SD bei den Parlamentswahlen und der Bildung der neuen Regierungskoalition wurde eine neuerliche Frostperiode der ukrainisch-slowakischen Beziehungen erwartet. Für diese Annahme gab es gute Gründe. Es genügt, daran zu erinnern, dass die Smer-SD noch im Wahlkampf auf Kritik an der westlichen Hilfen für die Ukraine setzte und stattdessen vorschlug, den Druck auf Kyjiw zu erhöhen, um einen Friedensvertrag mit Russland zu schließen. Fico sprach sich auch entschieden gegen den Beitritt der Ukraine zur NATO aus. Letzteres, argumentierte er, würde zu einem Krieg zwischen Russland und der NATO führen, an dem die Slowakei beteiligt wäre. Der Tiefpunkt war jedoch Ficos Aussage, in der er Kyjiw für den Beginn des Krieges verantwortlich machte: »Der Krieg in der Ukraine hat nicht gestern oder letztes Jahr begonnen. Er begann 2014, als ukrainische Nazis und Faschisten begannen, russische Bürger im Donbas [sic] und Luhansk zu töten«. Vor diesem Hintergrund war die Befürchtung groß, dass der neue slowakische Regierungschef eine offen antiukrainische Politik verfolgen würde, ähnlich dem Kurs des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban.

Das erste Treffen zwischen Fico und seinem ukrainischen Amtskollegen Denys Schmyhal fand am 24. Januar 2024 statt und sollte Aufschluss über den Status quo der Beziehungen liefern. Auf Wunsch der slowakischen Seite wurde das Treffen allerdings nicht in Kyjiw, sondern im westukrainischen Uschhorod nahe der slowakischen Grenze abgehalten. Laut ukrainischen Angaben hatte diese Wahl nicht nur logistische Gründe. Im Falle eines Treffens in Kyjiw hätte Fico die Orte russischer Kriegsverbrechen besuchen müssen, was in den letzten zwei Jahren zu einem obligatorischen Teil des ukrainischen Zeremonienprotokolls geworden ist. Dieser Schritt wiederum wäre von Ficos Wählerbasis negativ wahrgenommen worden.

Aus seiner prorussischen Position – und um seine Wählerschaft zu beruhigen – machte Fico am Vorabend des Treffens mit Schmyhal zudem eine Reihe antiukrai-

nischer Bemerkungen. Insbesondere beschrieb er die Ukraine als einen Staat unter dem »absoluten Einfluss der USA« und deutete an, dass die Ukraine einen Teil ihres Territoriums an Russland abtreten müsse: »Es muss eine Art Kompromiss geben, der für beide Seiten sehr schmerzhaft sein wird. Was erwarten sie [die Ukrainer]? Dass die Russen die Krim, den Donbas [sic] und Luhansk verlassen? Das ist unrealistisch«, so Fico [2].

Doch entgegen seinen öffentlichen Äußerungen fand das Treffen der Regierungschefs nicht in einer feindseligen Atmosphäre statt. Fico versicherte der ukrainischen Seite, dass seine Äußerungen sich nur an das heimische slowakische Publikum richteten und keinen Einfluss auf die tatsächlichen Beziehungen zur Ukraine haben würden. Im Ergebnis einigten sich die Parteien darauf, dass die Slowakei die direkten Waffenlieferungen an die ukrainischen Streitkräfte einstellt, kommerzielle Aufträge für deren Produktion jedoch nicht storniert. Zu diesen Aufträgen gehören ein Vertrag über die Herstellung von 16 selbstfahrenden 155mm-Haubitzen des Typs Zuzana 2 (finanziert von Deutschland, Dänemark und Norwegen), Munition der ZVS Holding (deren Produktion fast ausschließlich an die Ukraine geliefert wird) sowie ein Reparaturstützpunkt des deutschen Rüstungskonzerns Krauss-Maffei Wegmann (KMW) in der Slowakei nahe der Grenze zur Ukraine, in dem westliche Panzerfahrzeuge der ukrainischen Streitkräfte gewartet und repariert werden und den Kyjiw sogar ausbauen will. Darüber hinaus, und das war für Kyjiw sehr wichtig, erklärte Fico öffentlich, dass er den Beitritt der Ukraine zur EU nicht blockieren werde.

Der slowakische Ministerpräsident pocht zudem darauf, den Transit russischen Gases durch die Ukraine zu verlängern. Der Gastransit wurde trotz des umfassenden Krieges nicht gestoppt; der aktuelle ukrainisch-russische Vertrag läuft jedoch Ende 2024 aus und Kyjiw hat wiederholt erklärt, dass es ihn nicht fortsetzen wird. Einer hochrangigen ukrainischen Regierungsquelle zufolge sind die Vorschläge aus Bratislava für Kyjiw allerdings nicht völlig inakzeptabel. Zwar werde es mit Sicherheit keine neuen direkten Gasabkommen zwischen der Ukraine und Russland mehr geben. Sollte aber z. B. die Slowakei mit Russland vereinbaren, Gas an der ukrainisch-russischen Grenze zu kaufen, könnte ein separater Gastransitvertrag mit der Slowakei geschlossen werden.

Auch das verdeutlicht die pragmatischen Beziehungen auf beiden Seiten, und es zeichnet sich eine Art informeller Übereinkunft ab, dass, solange Fico nicht

(wie sein ungarischer Amtskollege Viktor Orban) versucht, für die Ukraine wichtige Themen zu blockieren, seine antiukrainischen Äußerungen von Kyjiw weitestgehend ignoriert werden.

Denn auch nach dem ersten Treffen zwischen Fico und Schmyhal äußerte sich der slowakische Regierungschef wiederholt unfreundlich gegenüber der Ukraine. Doch das zweite Treffen der beiden, das am 11. April in der slowakischen Grenzstadt Michalovce stattfand (in dem sich das oben erwähnte KMW-Reparaturzentrum befindet), war ebenfalls recht konstruktiv. Davon zeugt auch die Tatsache, dass der slowakische Verteidigungsminister Robert Kaliňák, der den inoffiziellen Status eines »Chefwaffenhändlers« hat, ebenfalls Teil der Delegation war. Am Ende wird wohl – trotz Ficos antiukrainischer Rhetorik – das kommerzielle Interesse an Waffenverkäufen an Kyjiw wahrscheinlich nur wachsen und zu neuen Verträgen führen.

Fazit

Die slowakisch-ukrainischen Beziehungen waren in den letzten Jahren einem starken Wandel unterzogen: Waren sie zunächst geprägt von relativer Gleichgültigkeit, näherten sich beide Staaten nach Beginn von Russlands Vollinvasion der Ukraine an. Die Siege von Robert Fico bei den slowakischen Parlamentswahlen 2023 sowie seines politischen Verbündeten Peter Pellegrini bei den Präsidentschaftswahlen 2024, die beide im Wahlkampf auf anti-ukrainische Botschaften setzten, erweckten den Eindruck, dass die Slowakei erneut einen antiukrainischen Kurs einschlägt und z. B. Kyjiw zu territorialen Zugeständnisse gegenüber Moskau auffordert. Dies ist jedoch nicht der Fall, und die Beziehungen werden aktuell geprägt von pragmatischen Lösungen und kommerziellen bzw. Sicherheitsinteressen.

Auch die slowakische Gesellschaft unterstützt – trotz der Wahl Ficos und Pellegrinis – weiterhin die Ukraine, wie eine im April 2024 gestartete öffentliche Fundraising-Kampagne zeigt. Einer der Initiatoren der Kampagne war der 99-jährige Otto Szymko, ein Holocaust-Überlebender, der 1944 am slowakischen Aufstand gegen die Nazis teilnahm. In nur 12 Tagen haben mehr als 60.000 Personen fast 3,9 Millionen Euro gespendet, um die tschechische Initiative zum Kauf von Artilleriemunition für die Ukraine zu finanzieren. Das Ergebnis überraschte sogar die Organisatoren der Aktion und gibt Anlass zur Hoffnung, dass selbst unter den gegenwärtig schwierigen politischen Umständen eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der Ukraine und der Slowakei in Sicht ist.

Über den Autor:

Jurij Pantschenko ist Mitgründer und Redakteur der renommierten ukrainischen Online-Zeitung *Ukrainska Prawda*. Zu seinen journalistischen Themenschwerpunkten zählen neben innenpolitischen Themen die Beziehungen der Ukraine zur EU sowie zu den Staaten Ostmitteleuropas.

Bibliografie und Verweise finden Sie auf der nächsten Seite.

Bibliographie:

- Institut für Weltwirtschaft Kiel (IfW): Ukraine Support Tracker, <https://www.ifw-kiel.de/topics/war-against-ukraine/ukraine-support-tracker/>.
- Politico: Slovak PM: Ukraine must give up territory to end Russian invasion, 21.01.2024, <https://www.politico.eu/article/slovakia-prime-minister-robert-fico-ukraine-cede-territory-russia-moscow-invasion-nato-entry/>.
- Łukasz Ogródnik, Tomasz Żornaczuk: Slovaks' Perception of the War in Ukraine is Changing – a Socio-Political Perspective, The Polish Institute of International Affairs (PISM), 07.09.2023, <https://pism.pl/publications/slovaks-perception-of-the-war-in-ukraine-is-changing-a-socio-political-perspective>.

Verweise

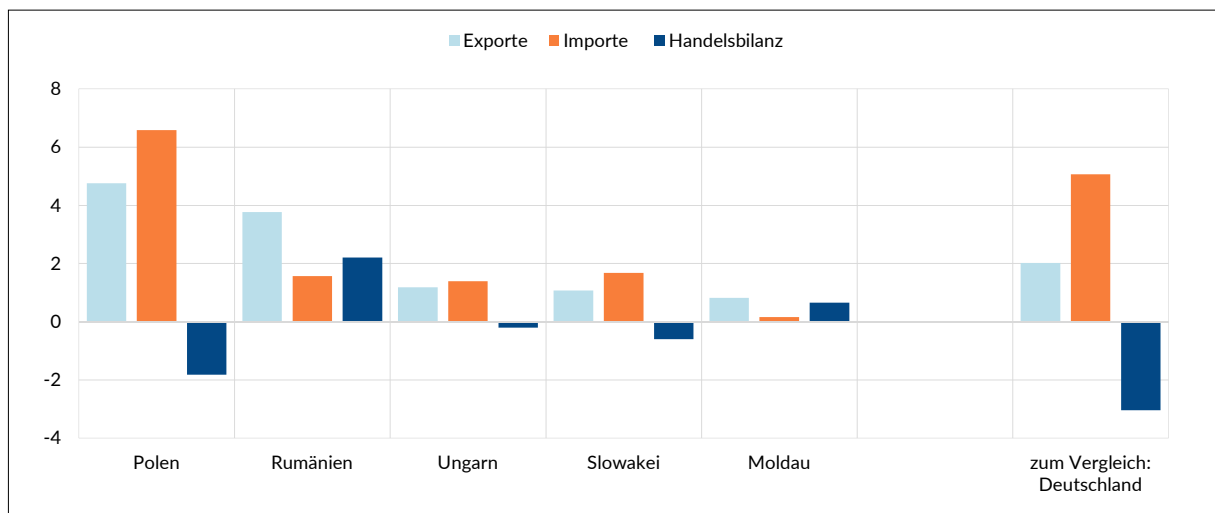
[1] <https://www.ifw-kiel.de/topics/war-against-ukraine/ukraine-support-tracker/>

[2] <https://www.politico.eu/article/slovakia-prime-minister-robert-fico-ukraine-cede-territory-russia-moscow-invasion-nato-entry/>

STATISTIK

Handel der Ukraine mit ihren Nachbarländern

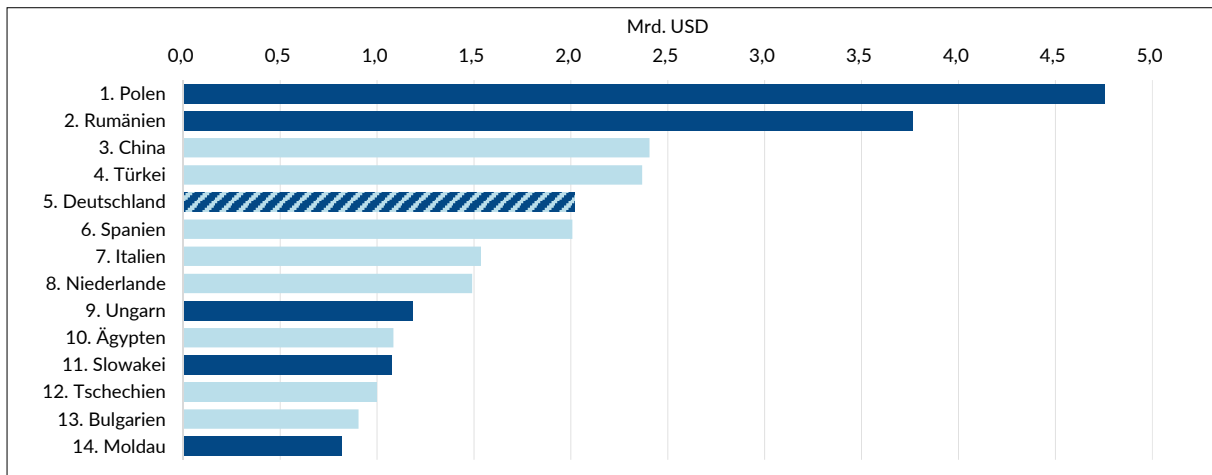
Grafik 1a: Import und Export der Ukraine mit ihren Nachbarländern, Handelsbilanz, 2023 (in Mrd. USD)



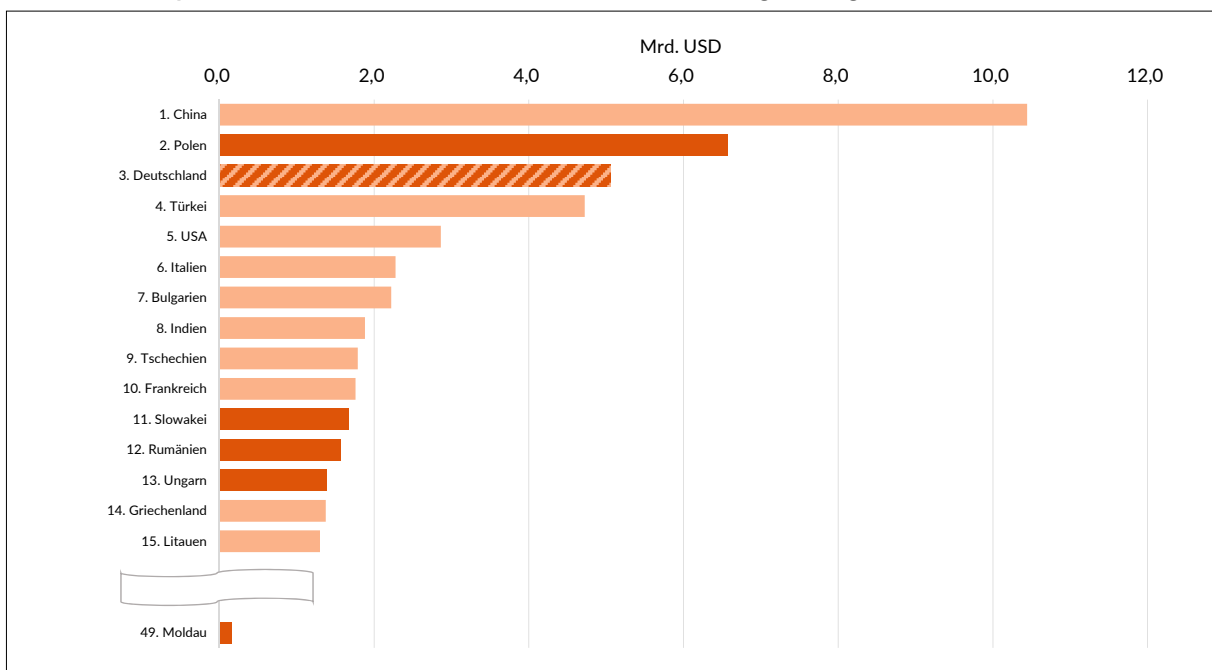
	Exporte	Importe	Handelsbilanz
Polen	4,76	6,58	-1,82
Rumänien	3,76	1,57	2,20
Ungarn	1,18	1,39	-0,20
Slowakei	1,07	1,68	-0,60

	Exporte	Importe	Handelsbilanz
Moldau	0,82	0,16	0,66
zum Vergleich: Deutschland	2,02	5,06	-3,04

Quelle: Ukrainisches Statistkamt, Geografische Struktur des ukrainischen Außenhandels 2023, https://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2024/zd/ztt/arh_ztt2023.html.

Grafik 1b: Export der Ukraine an ihre Nachbarländer 2023 (Rang im Vergleich)

Quelle: Ukrainisches Statistikamt, Geografische Struktur des ukrainischen Außenhandels 2023, https://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2024/zd/ztt/arh_ztt2023.html.

Grafik 1c: Import der Ukraine aus ihren Nachbarländern 2023 (Rang im Vergleich)

Quelle: Ukrainisches Statistikamt, Geografische Struktur des ukrainischen Außenhandels 2023, https://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2024/zd/ztt/arh_ztt2023.html.

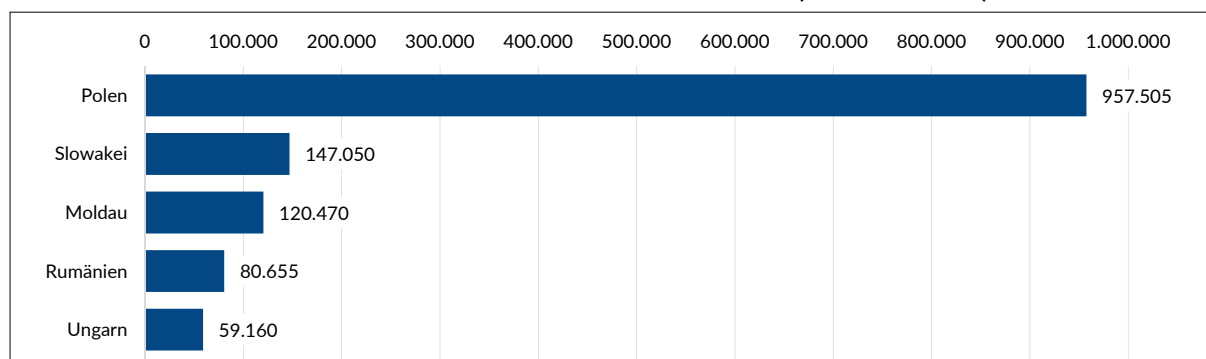
Tabelle 1: Top-5 Produkte nach Handelspartner (2023, in Mio. USD)

Polen			
Exporte		Importe	
Schwarzmetalle	1.064	Mineralische Brennstoffe, Öl und Ölprodukte	1.340
Fette und Öle	616	Transportmittel	641
Rückstände und Abfälle aus der Lebensmittelindustrie	387	Plastiken, Polymere	459
Erze, Schlacke	355	Atomreakorteknik	399
Holz und Holzprodukte	283	Dünger	354
Rumänien			
Exporte		Importe	
Getreide	1.042	Mineralische Brennstoffe, Öl und Ölprodukte	573
Fette und Öle	1.000	Transportmittel	110
Ölsaaten und Früchte	414	Schwarzmetalle	62
Erze, Schlacke	154	Elektromaschinen	61
Schwarzmetalle	140	Plastiken, Polymere	51
Ungarn			
Exporte		Importe	
Elektromaschinen	476	Elektromaschinen	301
Getreide	189	Transportmittel	231
Samen und Früchte von Ölsaaten	87	Mineralische Brennstoffe, Öl und Ölprodukte	199
Rückstände und Abfälle aus der Lebensmittelindustrie	75	Plastiken, Polymere	127
Holz und Holzprodukte	69	Atomreakorteknik	93
Slowakei			
Exporte		Importe	
Erze, Schlacke	503	Mineralische Brennstoffe, Öl und Ölprodukte	630
Fleisch- und Fleischprodukte	103	Transportmittel	366
Elektromaschinen	96	Schwarzmetalle	149
Mineralische Brennstoffe, Öl und Ölprodukte	70	Elektromaschinen	74
Getreide	59	Plastiken, Polymere	67
Moldau			
Exporte		Importe	
Schwarzmetalle	75	Alkoholische und nichtalkoholische Getränke	34
Holz und Holzprodukte	66	Mineralische Brennstoffe, Öl und Ölprodukte	23
Milch und Milchprodukte, Eier, Honig	52	Hülsenfrüchte, Nüsse	13
Plastiken, Polymere	43	Gerbstoffextrakte	12
Elektromaschinen	39	Gemüse	9
Zum Vergleich: Deutschland			
Exporte		Importe	
Samen und Ölsaatenfrüchte	455	Transportmittel	1.058
Elektromaschinen	297	Atomreakorteknik	693
Möbel	165	Mineralische Brennstoffe, Öl und Ölprodukte	505
Eisenerzeugnisse	164	Pharmazeutische Produkte	414
Getreide	144	Plastiken, Polymere	278

Quelle: Ukrainisches Statistkamt, Geografische Struktur des ukrainischen Außenhandels 2023, https://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2024/zd/ztt/arh_ztt2023.html.

Ukrainische Geflüchtete in den Nachbarstaaten der Ukraine

Grafik 1: Ukrainische Geflüchtete in den Nachbarstaaten der Ukraine (Stand: Juni 2024)

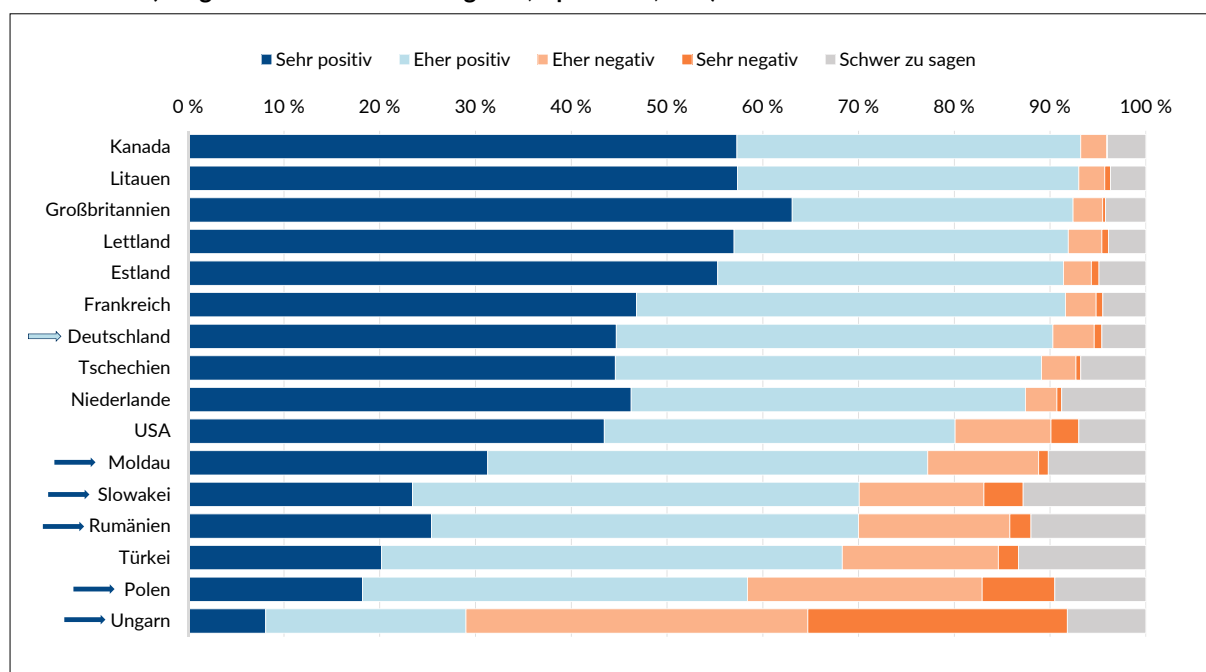


Quelle: UNHCR: Ukraine Refugee Situation, last updated 13.06.2024, <https://data.unhcr.org/en/situations/ukraine>.

UMFRAGEN

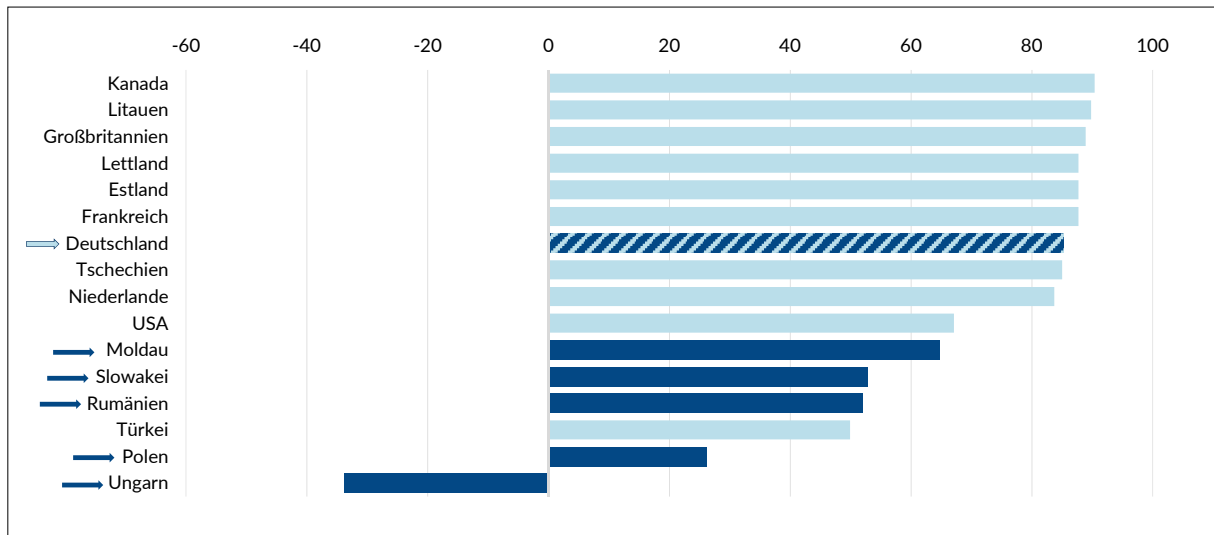
Die Einstellung der ukrainischen Bevölkerung zu den Nachbarländern der Ukraine

Grafik 1a: Wie positiv oder negativ ist Ihre Einstellung zu folgenden Ländern? (Ausgewählte Staaten im Vergleich, April 2024, in %)



Quelle: Razumkov-Zentrum, Einstellungen gegenüber dem Ausland, 18.04.2024, <https://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/otsinka-vplyvu-zovnishnopolitychnykh-chynnykiv-na-ukrainu-stavlennia-do-inozemnykh-derzhav-ta-okremykh-initsiatyv-ikh-lideriv-otsinkagromadianamy-ukrainy-legitymnosti-pravlinnia-putina-berezen-2024r>.

Grafik 1b: Wie positiv oder negativ ist Ihre Einstellung zu folgenden Ländern?
(Ausgewählte Staaten im Vergleich, April 2024, in % – Unterschied zwischen den Anteilen derjenigen, die eine positive und negative Einstellung haben)

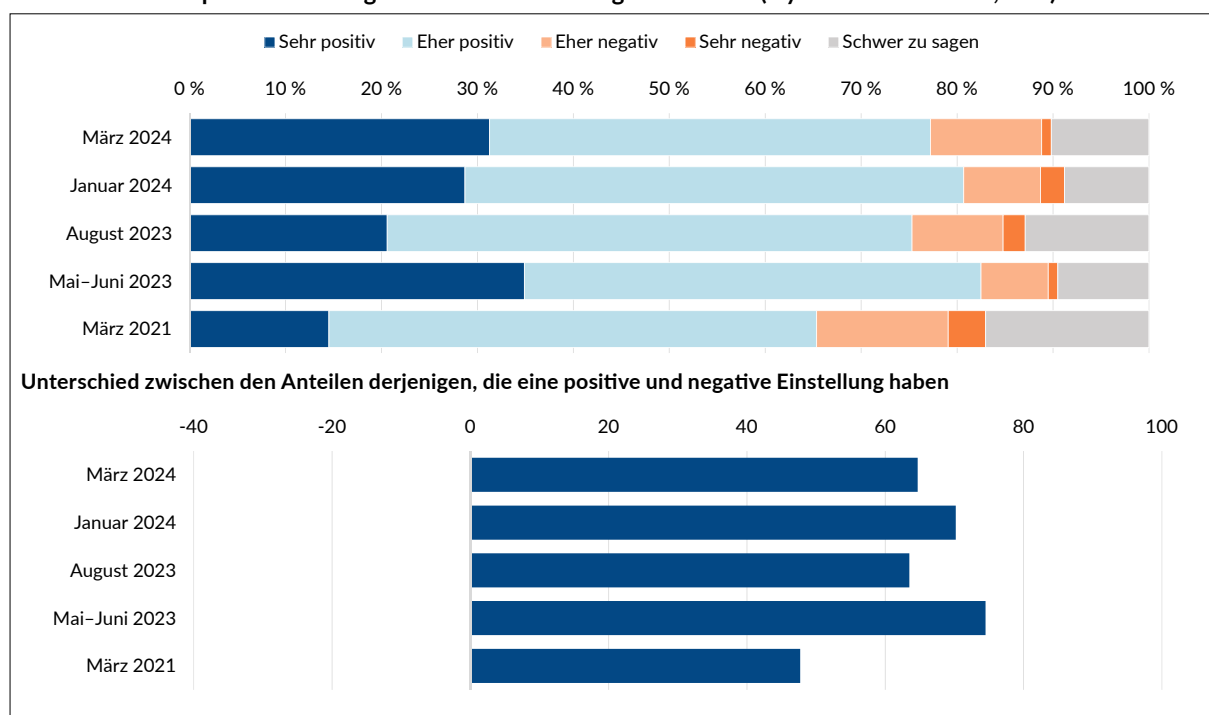


Quelle: Razumkov-Zentrum, Einstellungen gegenüber dem Ausland, 18.04.2024, <https://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/otsinka-vplyvu-zovnishnopolitychnykh-chynnykiv-na-ukrainu-stavlennia-do-inozemnykh-derzhav-ta-okremykh-initsiatyv-ikh-lideriv-otsinkagromadianamy-ukrainy-legitymnosti-pravlinnia-putina-berezen-2024r>.

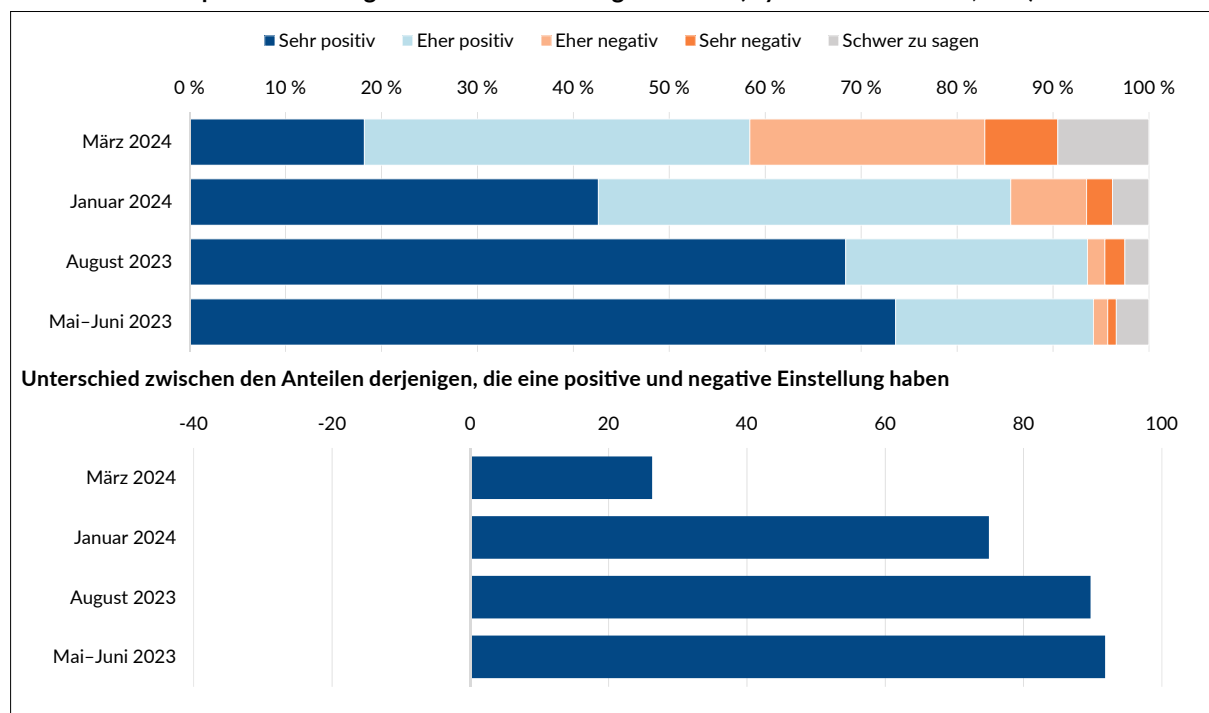
Tabelle 1: Wie positiv oder negativ ist Ihre Einstellung zu folgenden Ländern?
(Ausgewählte Staaten im Vergleich, April 2024, in %)

	Sehr positiv	Eher positiv	Eher negativ	Sehr negativ	Schwer zu sagen	Unterschied zwischen den Anteilen derjenigen, die eine positive und negative Einstellung haben
Kanada	57,3	35,9	2,7	0,1	4	90,4
Litauen	57,4	35,7	2,7	0,6	3,7	89,8
Großbritannien	63	29,3	3,1	0,3	4,2	88,9
Lettland	57	34,9	3,5	0,7	3,9	87,7
Estland	55,3	36,1	2,9	0,8	4,9	87,7
Frankreich	46,8	44,8	3,2	0,7	4,5	87,7
Deutschland	44,7	45,6	4,3	0,8	4,6	85,2
Tschechien	44,6	44,5	3,6	0,5	6,8	85
Niederlande	46,3	41,2	3,3	0,5	8,8	83,7
USA	43,4	36,6	10	2,9	7	67,1
Moldau	31,3	46	11,6	1	10,2	64,7
Slowakei	23,4	46,6	13	4,1	12,8	52,9
Rumänien	25,4	44,6	15,8	2,2	12	52
Türkei	20,2	48,1	16,3	2,1	13,3	49,9
Polen	18,2	40,2	24,5	7,6	9,5	26,3
Ungarn	8,1	20,9	35,7	27,1	8,2	-33,8

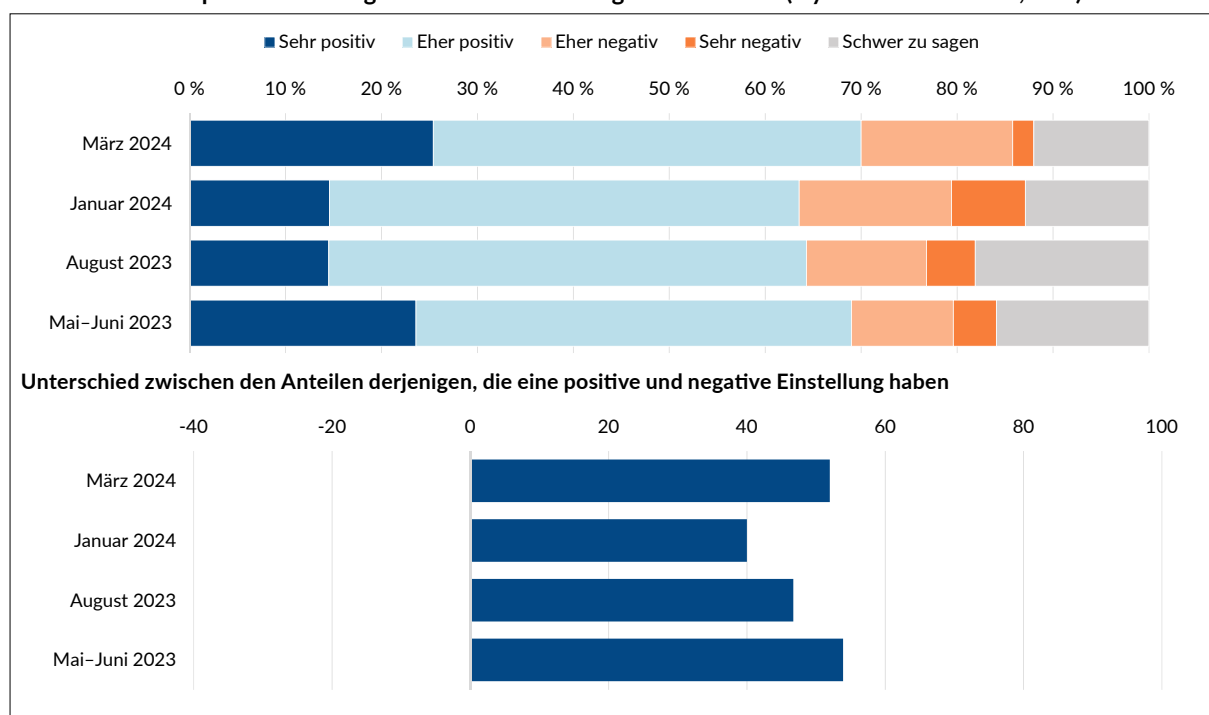
Quelle: Razumkov-Zentrum, Einstellungen gegenüber dem Ausland, 18.04.2024, <https://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/otsinka-vplyvu-zovnishnopolitychnykh-chynnykiv-na-ukrainu-stavlennia-do-inozemnykh-derzhav-ta-okremykh-initsiatyv-ikh-lideriv-otsinkagromadianamy-ukrainy-legitymnosti-pravlinnia-putina-berezen-2024r>.

Grafik 2a: Wie positiv oder negativ ist Ihre Einstellung zu Moldau? (Dynamik 2021–2024, in %)

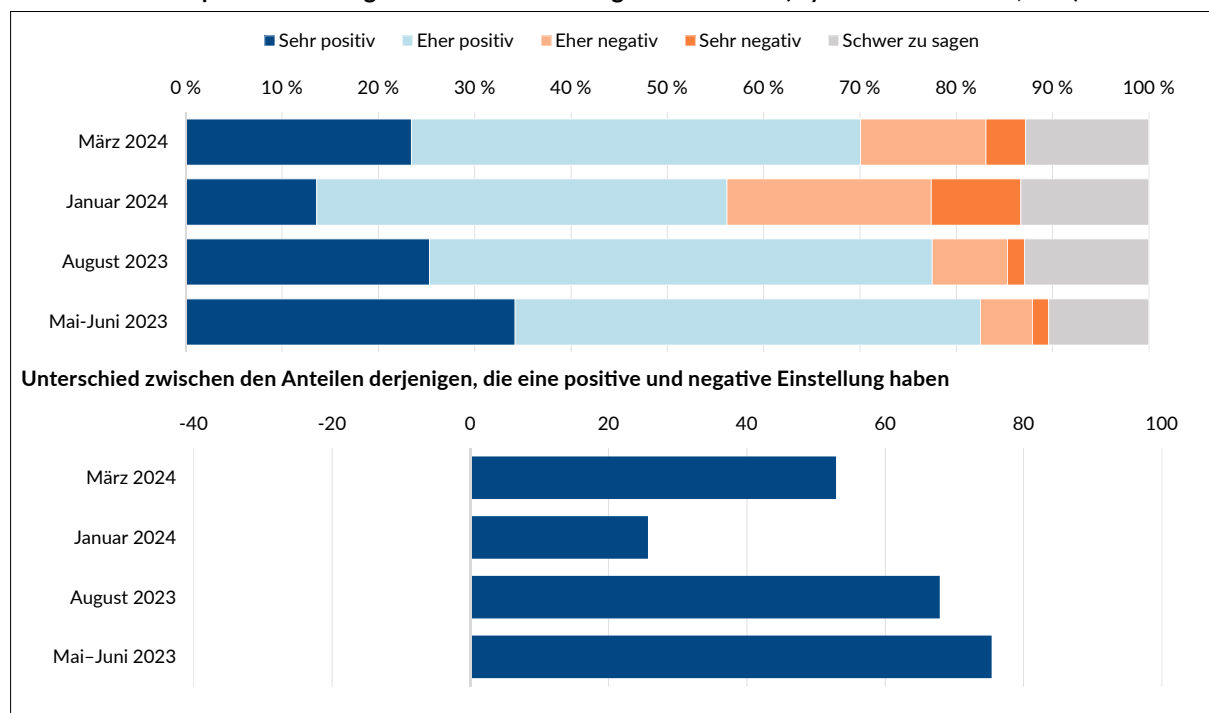
Quelle: Razumkov-Zentrum, *Einstellungen gegenüber dem Ausland*, 18.04.2024, <https://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/otsinka-vplyvu-zovnishnopolitychnykh-chynnykiv-na-ukrainu-stavlennia-do-inozemnykh-derzhav-ta-okremykh-initsiatyv-ikh-lideriv-otsinkagromadianamy-ukrainy-legitymnosti-pravlinnia-putina-berezen-2024r>.

Grafik 2b: Wie positiv oder negativ ist Ihre Einstellung zu Polen? (Dynamik 2021–2024, in %)

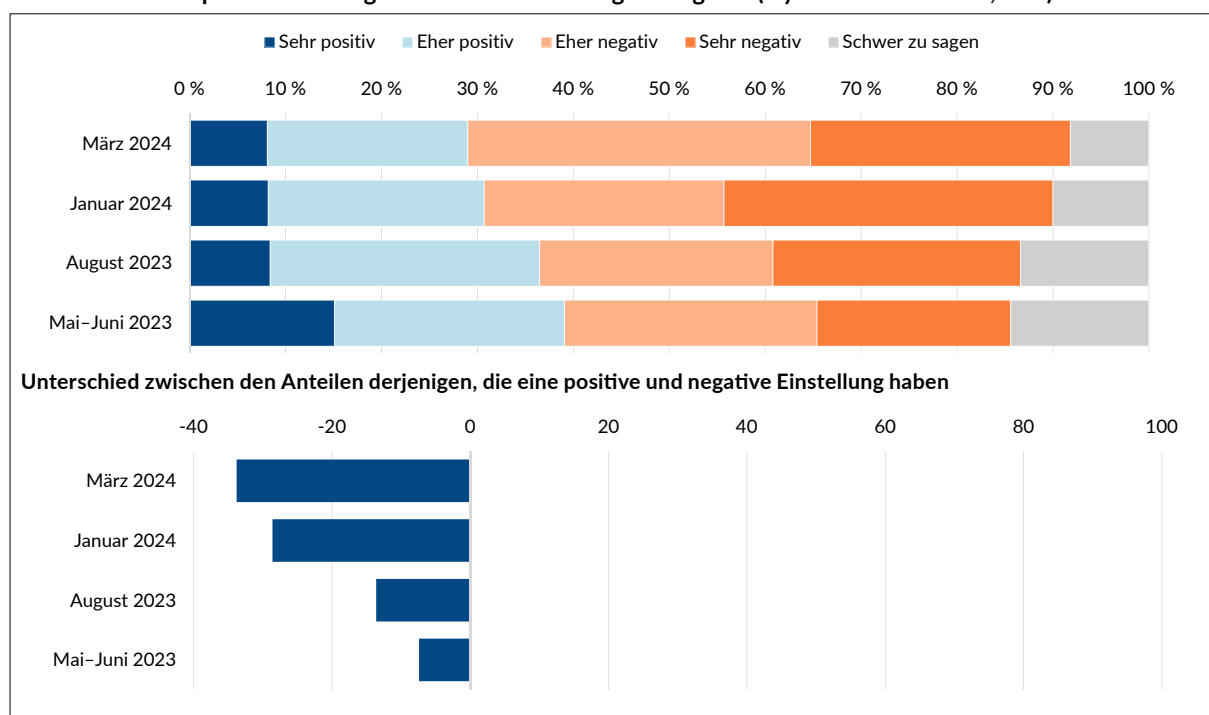
Quelle: Razumkov-Zentrum, *Einstellungen gegenüber dem Ausland*, 18.04.2024, <https://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/otsinka-vplyvu-zovnishnopolitychnykh-chynnykiv-na-ukrainu-stavlennia-do-inozemnykh-derzhav-ta-okremykh-initsiatyv-ikh-lideriv-otsinkagromadianamy-ukrainy-legitymnosti-pravlinnia-putina-berezen-2024r>.

Grafik 2c: Wie positiv oder negativ ist Ihre Einstellung zu Rumänien? (Dynamik 2021–2024, in %)

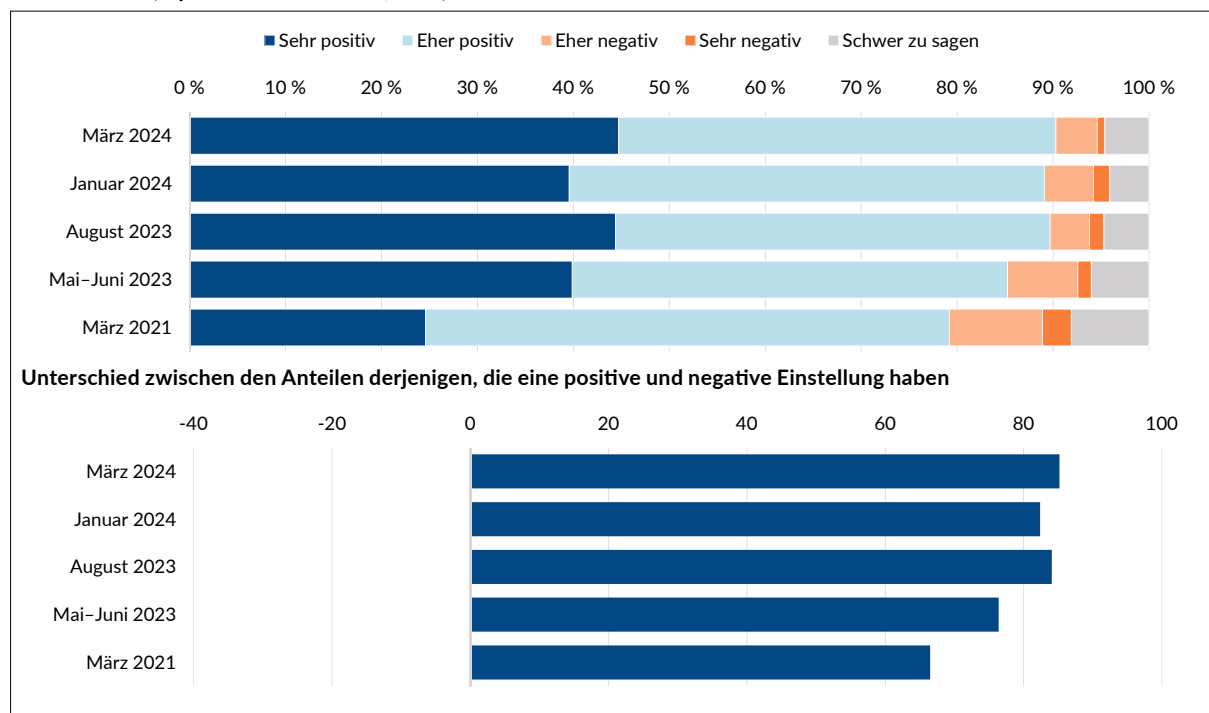
Quelle: Razumkov-Zentrum, *Einstellungen gegenüber dem Ausland*, 18.04.2024, <https://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/otsinka-vplyvu-zovnishnopolitychnykh-chynnykiv-na-ukrainu-stavlennia-do-inozemnykh-derzhav-ta-okremykh-initsiatyv-ikh-lideriv-otsinka-gromadianamy-ukrainy-legitymnosti-pravlinnia-putina-berezen-2024r>.

Grafik 2d: Wie positiv oder negativ ist Ihre Einstellung zur Slowakei? (Dynamik 2021–2024, in %)

Quelle: Razumkov-Zentrum, *Einstellungen gegenüber dem Ausland*, 18.04.2024, <https://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/otsinka-vplyvu-zovnishnopolitychnykh-chynnykiv-na-ukrainu-stavlennia-do-inozemnykh-derzhav-ta-okremykh-initsiatyv-ikh-lideriv-otsinka-gromadianamy-ukrainy-legitymnosti-pravlinnia-putina-berezen-2024r>.

Grafik 2e: Wie positiv oder negativ ist Ihre Einstellung zu Ungarn? (Dynamik 2021–2024, in %)

Quelle: Razumkov-Zentrum, Einstellungen gegenüber dem Ausland, 18.04.2024, <https://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/otsinka-vplyvu-zovnishnopolitychnykh-chynnykiv-na-ukrainu-stavlennia-do-inozemnykh-derzhav-ta-okremykh-initsiatyv-ikh-lideriv-otsinka-gromadianamy-ukrainy-legitymnosti-pravlinnia-putina-berezen-2024r>.

Grafik 2f: Wie positiv oder negativ ist Ihre Einstellung zu Deutschland (zum Vergleich)? (Dynamik 2021–2024, in %)

Quelle: Razumkov-Zentrum, Einstellungen gegenüber dem Ausland, 18.04.2024, <https://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/otsinka-vplyvu-zovnishnopolitychnykh-chynnykiv-na-ukrainu-stavlennia-do-inozemnykh-derzhav-ta-okremykh-initsiatyv-ikh-lideriv-otsinka-gromadianamy-ukrainy-legitymnosti-pravlinnia-putina-berezen-2024r>.

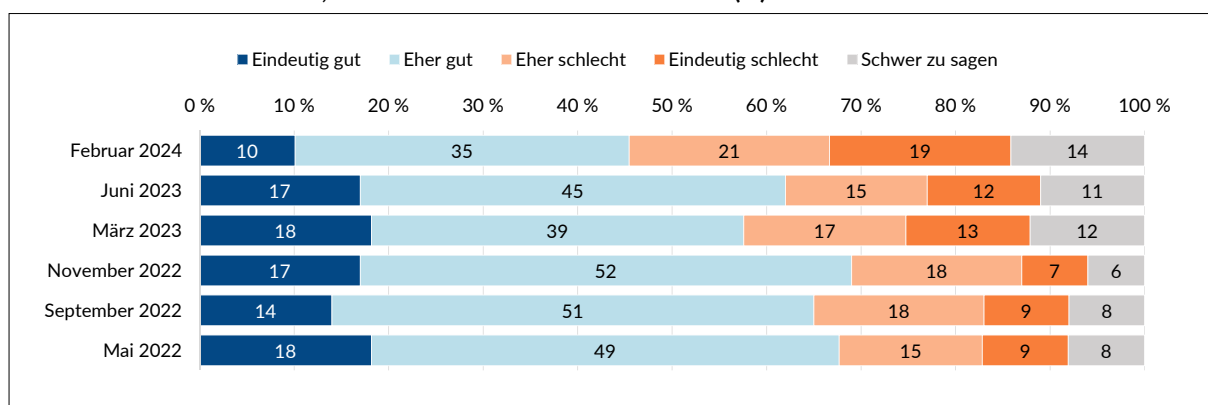
**Tabelle 2: Wie positiv oder negativ ist Ihre Einstellung zu folgenden Ländern?
(Dynamik nach Land 2021–2024, in %)**

	Sehr positiv	Eher positiv	Eher negativ	Sehr negativ	Schwer zu sagen	Unterschied zwischen den Anteilen derjenigen, die eine positive und negative Einstellung haben
Moldau						
März 2024	31,3	46	11,6	1	10,2	64,7
Januar 2024	28,7	52	8	2,5	8,8	70,2
August 2023	20,6	54,7	9,5	2,3	12,9	63,5
Mai–Juni 2023	34,9	47,6	7	1	9,5	74,5
März 2021	14,5	50,8	13,7	3,9	17	47,7
Polen						
März 2024	18,2	40,2	24,5	7,6	9,5	26,3
Januar 2024	42,6	43	7,9	2,7	3,8	75
August 2023	68,4	25,2	1,8	2,1	2,5	89,7
Mai–Juni 2023	73,6	20,6	1,5	0,9	3,4	91,8
Rumänien						
März 2024	25,4	44,6	15,8	2,2	12	52
Januar 2024	14,6	49	15,9	7,7	12,9	40
August 2023	14,5	49,8	12,5	5,1	18,1	46,7
Mai–Juni 2023	23,6	45,4	10,6	4,5	15,9	53,9
Slowakei						
März 2024	23,4	46,6	13	4,1	12,8	52,9
Januar 2024	13,6	42,6	21,2	9,3	13,3	25,7
August 2023	25,3	52,2	7,8	1,8	12,9	67,9
Mai–Juni 2023	34,2	48,3	5,4	1,7	10,4	75,4
Ungarn						
März 2024	8,1	20,9	35,7	27,1	8,2	–33,8
Januar 2024	8,2	22,5	25	34,3	10	–28,6
August 2023	8,4	28,1	24,3	25,8	13,4	–13,6
Mai–Juni 2023	15,1	24	26,3	20,2	14,4	–7,4
Zum Vergleich: Deutschland						
März 2024	44,7	45,6	4,3	0,8	4,6	85,2
Januar 2024	39,6	49,6	5,1	1,7	4,1	82,4
August 2023	44,4	45,3	4,1	1,5	4,7	84,1
Mai–Juni 2023	39,8	45,3	7,3	1,4	6	76,4
März 2021	24,6	54,6	9,7	3	8,1	66,5

Quelle: Razumkov-Zentrum, Einstellungen gegenüber dem Ausland, 18.04.2024, <https://razumkov.org.ua/napriamky/sotsiologichni-doslidzhennia/otsinka-vplyvu-zovnishnopolitychnykh-chynnykiv-na-ukrainu-stavlennia-do-inozemnykh-derzhav-ta-okremykh-initsiatyv-ikh-lideriv-otsinkagromadianamy-ukrainy-legitymnosti-pravlinnia-putina-berezen-2024r>.

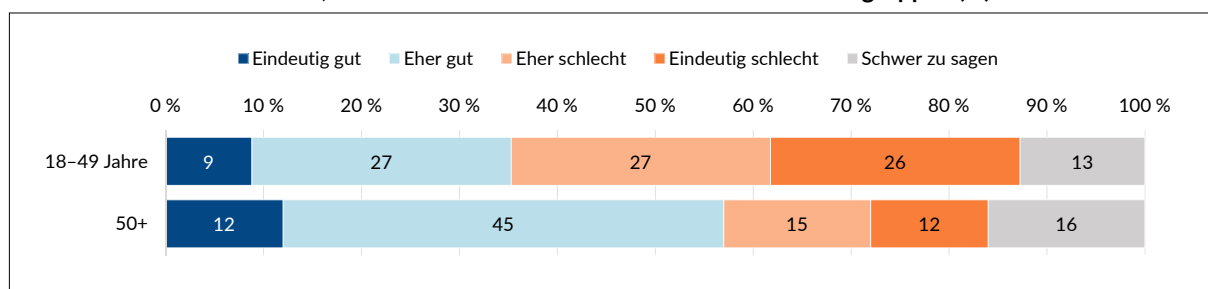
Die Einstellung der polnischen Bevölkerung zu Geflüchteten aus der Ukraine

Grafik 1a: Polen: Wäre es für Polen gut oder schlecht, wenn die Menschen aus der Ukraine, die sich zurzeit in Polen aufhalten, viele Jahre in Polen bleiben würden? (%)



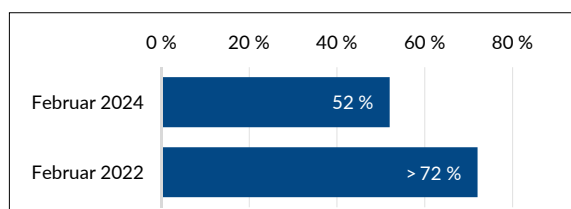
Quelle: Umfragen von Ipsos für OKO.press, 22.-26.02.2024. s <https://oko.press/odwracamy-sie-od-ukraincow-sondaz-ipsos> (abgerufen am 03.06.2024).

Grafik 1b: Polen: Wäre es für Polen gut oder schlecht, wenn die Menschen aus der Ukraine, die sich zurzeit in Polen aufhalten, viele Jahre in Polen bleiben würden? Nach Altersgruppen (%)

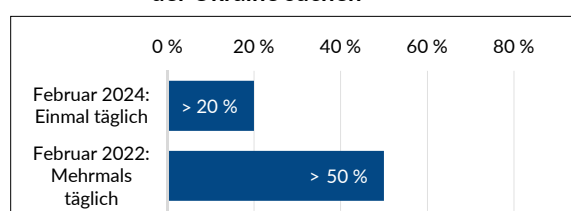


Quelle: Umfragen von Ipsos für OKO.press, 22.-26.02.2024. s <https://oko.press/odwracamy-sie-od-ukraincow-sondaz-ipsos> (abgerufen am 03.06.2024).

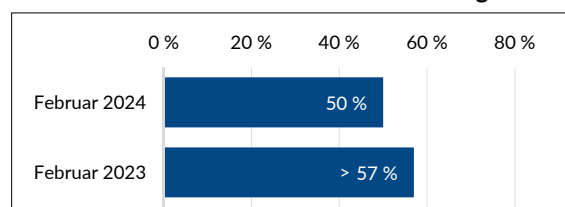
Grafik 2a: Polen: Zustimmung, Geflüchtete aus der Ukraine in Polen aufzunehmen



Grafik 2c: Polen: Informationen über den bewaffneten Konflikt zwischen Russland und der Ukraine suchen

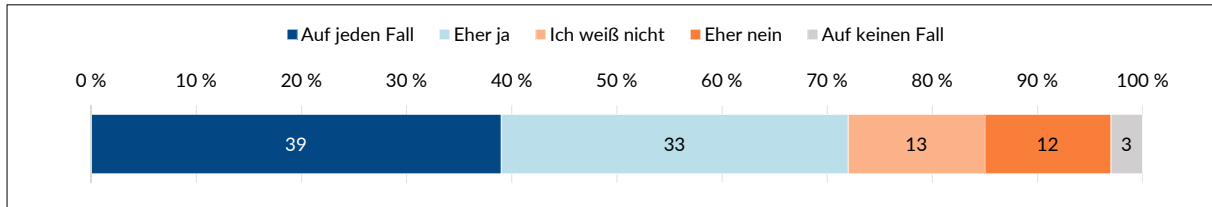


Grafik 2b: Polen: Die Öffnung des polnischen Arbeitsmarktes für ukrainische Geflüchtete wirkt sich positiv auf den Arbeitsmarkt aus: Zustimmung

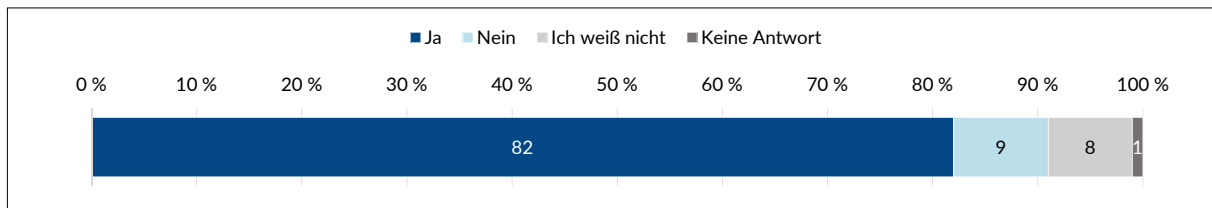


Quelle: Umfragen von Openfield, zitiert nach Forsal: <https://forsal.pl/gospodarka/aktualnosci/artykuly/9441346,zmniejsza-sie-poparcie-polakow-dla-uchodzcow-z-ukrainy-badanie.html> (abgerufen am 03.06.2024).

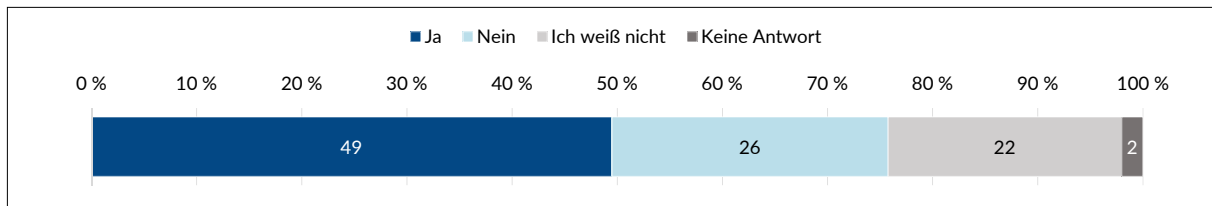
Grafik 3a: Polen: Sollte sich Polen im Verlauf des russischen Krieges gegen die Ukraine v. a. um seine eigenen Interessen kümmern und z. B. Importbeschränkungen für Produkte aus der Ukraine einführen? (%)



Grafik 3b: Polen: Sollten die Kinder von Geflüchteten aus der Ukraine in die polnischen Schulen aufgenommen werden? (%)



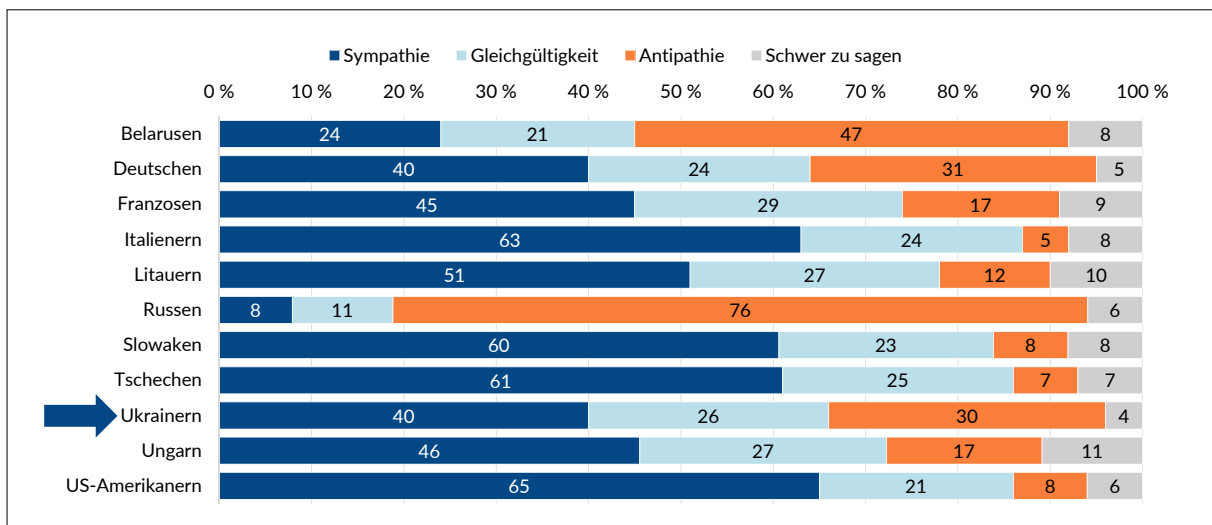
Grafik 3c: Polen: Was meinen Sie – kennzeichnet die Geflüchteten aus der Ukraine eine »andere Kultur«? (%)



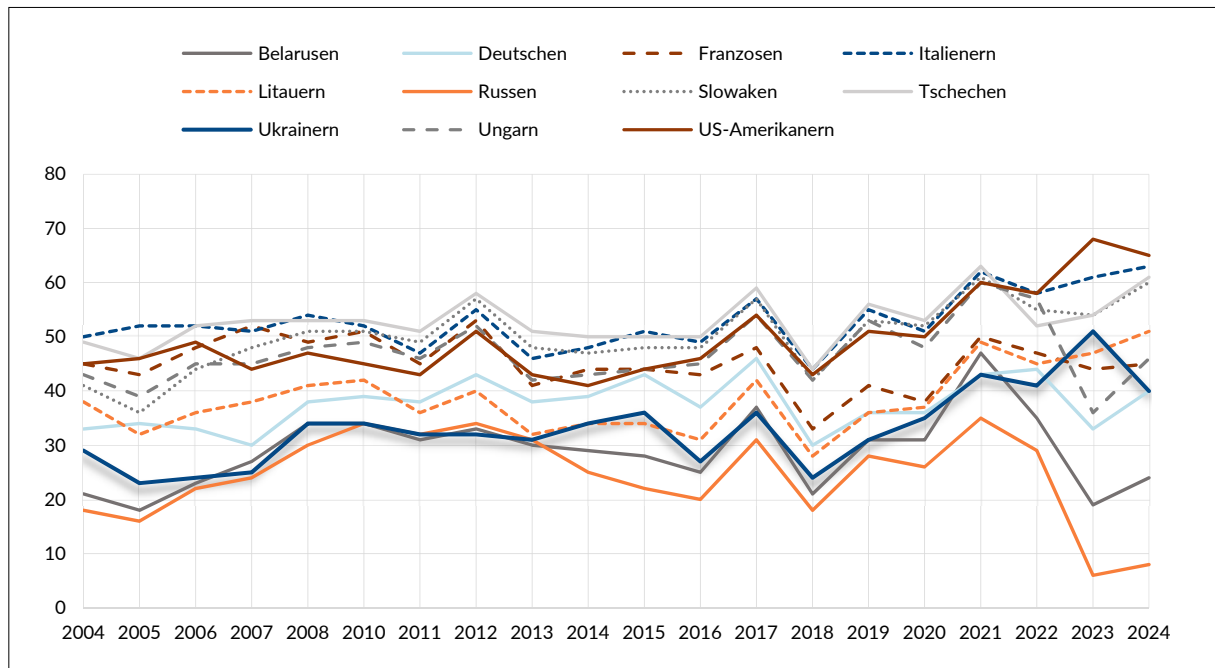
Umfragen vom 11.05.-10.06.2024, durchgeführt vom Wydział Nauk Politycznych i Studiów Międzynarodowych Uniwersytetu Warszawskiego [Fachbereich Politische Wissenschaften und Internationale Studien der Universität Warschau] sowie vom Wydział Nauk Społecznych Akademii Ekonomiczno-Humanistycznej w Warszawie [Fachbereich für Sozialwissenschaften der Universität für Wirtschaft und Sozialwissenschaften in Warschau].

Quelle: Rzeczpospolita vom 18.06.2024. <https://www.rp.pl/spoleczenstwo/art40648561-w-polsce-rosnie-liczba-osob-negatywnie-nastawionych-do-uchodzcow-z-ukrainy-dlaczego> (abgerufen am 19.06.2024).

Grafik 4: Polen: Wie ist Ihre Einstellung zu... (% , März 2024)



Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr. 25/2024: Stosunek Polaków do innych narodów [Die Einstellung der Polen zu anderen Nationen]. Warszawa 03/2024. www.cbos.pl

Grafik 5: Polen: Veränderung der Sympathiewerte gegenüber ausgewählten Nationen 2004-2024 (%)


	2004	2005	2006	2007	2008	2010	2011	2012	2013	2014
Belarusen	21	18	23	27	34	34	31	33	30	29
Deutschen	33	34	33	30	38	39	38	43	38	39
Franzosen	45	43	48	52	49	51	45	53	41	44
Italienern	50	52	52	51	54	52	47	55	46	48
Litauern	38	32	36	38	41	42	36	40	32	34
Russen	18	16	22	24	30	34	32	34	31	25
Slowaken	41	36	44	48	51	51	49	57	48	47
Tschechen	49	46	52	53	53	53	51	58	51	50
Ukrainern	29	23	24	25	34	34	32	32	31	34
Ungarn	43	39	45	45	48	49	46	52	42	43
US-Amerikanern	45	46	49	44	47	45	43	51	43	41

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Belarusen	28	25	37	21	31	31	47	35	19	24
Deutschen	43	37	46	30	36	36	43	44	33	40
Franzosen	44	43	48	33	41	38	50	47	44	45
Italienern	51	49	57	44	55	51	62	58	61	63
Litauern	34	31	42	28	36	37	49	45	47	51
Russen	22	20	31	18	28	26	35	29	6	8
Slowaken	48	48	57	42	53	52	61	55	54	60
Tschechen	50	50	59	44	56	53	63	52	54	61
Ukrainern	36	27	36	24	31	35	43	41	51	40
Ungarn	44	45	54	42	53	48	60	57	36	46
US-Amerikanern	44	46	54	43	51	50	60	58	68	65

Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr. 25/2024: Stosunek Polaków do innych narodów [Die Einstellung der Polen zu anderen Nationen]. Warszawa 03/2024. www.cbos.pl

CHRONIK

21. – 31. Mai 2024

21.05.2024	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj erklärt in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Reuters, dass er aufgrund des anhaltenden Kriegsrechts sein Amt weiter ausüben werde: »Meine fünfjährige Amtszeit ist noch nicht vorbei. Sie geht wegen des Kriegsrechts weiter.« Eigentlich wäre Selenskyjs Amtszeit am 20. Mai zu Ende gegangen. Am Tag von Russland großangelegter Invasion am 24. Februar 2022 wurde in der Ukraine jedoch das Kriegsrecht verhängt, das Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen verbietet.
21.05.2024	700.000 ukrainische Männer im wehrpflichtigen Alter haben bereits ihre Militärdokumente in Einberufungszentren oder digital per »Reserw+«-App aktualisiert. Alle Männer im wehrpflichtigen Alter sind dazu verpflichtet, in den nächsten zwei Monaten ihre Militärdokumente zu aktualisieren.
21.05.2024	Der EU-Rat einigt sich darauf, die Gewinne aus eingefrorenen russischen Staatsvermögen zur Unterstützung der Ukraine zu verwenden. »Bis zu 3 Mrd. Euro könnten allein in diesem Jahr aufgebracht werden, 90 % davon für das ukrainische Militär. Russland muss für seine Kriegsschäden aufkommen«, so der tschechische Außenminister Jan Lipavský zu der Entscheidung. Die ersten Zahlungen könnte die Ukraine im Sommer erhalten.
22.05.2024	Nach Angaben der ukrainischen Polizei sollen russischen Soldaten in der umkämpften Stadt Wovtschansk in der Region Charkiw auf Zivilisten geschossen haben, die versuchten, den Kämpfen zu entkommen. Wegen des neuerlichen russischen Angriffs auf die Region wurden bereits mehr als 10.000 Menschen evakuiert.
22.05.2024	Wie das Nationale Antikorruptionsbüro der Ukraine (NABU) mitteilt, wird der ehemalige stellvertretende Leiter des Präsidialamtes, Andrij Smirnow, wegen illegaler Bereicherung angeklagt. Smirnow hatte das Amt von September 2019 bis März 2024 inne, bis Präsident Wolodymyr Selenskyj ihn ohne Angabe von Gründen entließ. Nach Angaben des NABU hat Smirnow zwischen 2020 und 2022 Vermögenswerte von mehr als 17 Mio. Hrywnja (ca. 390.000 Euro) erworben, obwohl sein Gehalt und seine Ersparnisse für diesen Zeitraum offiziell nur 1,3 Mio. Hrywnja (29.600 Euro) betragen.
22.05.2024	Die Ukraine genehmigt Soldat:innen zusätzliche Urlaubstage, wenn sie russisches Militärgerät zerstören. So sollen Soldat:innen fünf Tage Urlaub erhalten, wenn sie ein russisches Schiff oder Flugzeug zerstört haben, vier Tage für die Zerstörung eines Luftabwehrsystems oder eines Hubschraubers und drei Tage für die Zerstörung eines Panzers oder gepanzerten Mannschaftstransporters.
22.05.2024	Die öffentlich-rechtliche ukrainische Rundfunkanstalt Suspilne teilt mit, dass sie eine eigene Nachrichtensendung unabhängig vom »Telethon« gestartet habe. Der so genannte Telethon mit dem Namen »Vereinigte Nachrichten« wurde zu Beginn der russischen Völlinvasion im Februar 2022 durch die Zusammenlegung der Berichterstattung der größten Fernsehsender der Ukraine ins Leben gerufen. Galt dieser Schritt zunächst als legitime Reaktion auf die russische Aggression wird dem Nachrichtenprogramm inzwischen vorgeworfen, die Fernsehberichterstattung zu monopolisieren und abweichende Meinungen zu unterbinden.
23.05.2024	Die ukrainische Partisanengruppe Atesch berichtet von einem Raketenangriff auf ein russisches Kommunikationszentrum in der Stadt Aluschtsa auf der besetzten Krim. Laut Atesch soll die Kommandozentrale zerstört worden sein und es soll erhebliche Schäden an militärischer Ausrüstung geben. Atesch ist eine paramilitärische Einheit, die seit September 2022 hauptsächlich auf der Krim, aber auch in anderen von Russland besetzten Gebieten der Ukraine agiert.
23.05.2024	Bei einem russischen Angriff auf die Oblast und die Stadt Charkiw werden 18 Menschen getötet und 41 verletzt. Dabei wird auch die mit 4.000 Quadratmetern drittgrößte Buchdruckerei in der Ukraine, Faktor Druk, zerstört, und mehr als 50.000 Bücher.
23.05.2024	Die New York Times berichtet, dass US-Außenminister Anthony Blinken nach seinem jüngsten Besuch in Kyjiw und vor dem Hintergrund verstärkter russischer Angriffe auf die kritische Infrastruktur sowie die grenznahe Region und Stadt Charkiw auf die Aufhebung des Verbots ukrainischer Angriffe mit US-Waffen auf russisches Territorium drängt. Damit würde es der Ukraine ermöglicht, mit von den USA gelieferten Waffen auch Ziele in Russland anzugreifen, was bisher von den USA und ihren westlichen Verbündeten abgelehnt wird.
24.05.2024	Der russische Machthaber Wladimir Putin strebt laut der Nachrichtenagentur Reuters einen Waffenstillstand an, um seine Erfolge in der Ukraine zu festigen. Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba hält dies jedoch für einen Versuch, den anstehenden Ukraine-Friedensgipfel in der Schweiz mit einer vermeintlichen »Bereitschaft zum Waffenstillstand« zu konterkarieren.

24.05.2024	Der erste stellvertretende Direktor des Nationalen Antikorruptionsbüros der Ukraine (NABU), Gizo Uglava, wird in Zusammenhang mit einer Untersuchung über die unerlaubte Weitergabe von Information suspendiert. Die Staatsanwaltschaft leitete zuvor ein Ermittlungsverfahren wegen Machtmissbrauchs und Weitergabe von Ermittlungsinformationen durch einen NABU-Detektiv ein. In diesem Zusammenhang wird auch gegen Uglava ermittelt, so eine Quelle der Strafverfolgungsbehörden gegenüber dem Kyiv Independent.
24.05.2024	Ein Kyjiwer Gericht verlängert die Untersuchungshaft des Oligarchen Ihor Kolomojskyj bis zum 22. Juli. Kolomojskyj wurde am 2. September 2023 wegen des Verdachts auf Betrug und Geldwäsche im Zusammenhang mit seinen Öl- und Gasbeteiligungen verhaftet. Die Generalstaatsanwaltschaft gab am 8. Mai bekannt, dass Kolomojskyj auch in einem Mordfall verdächtigt wird. Er soll vor mehr als 20 Jahren auf der Krim einen Mord in Auftrag gegeben haben.
25.05.2024	Bei einem russischen Luftangriff mitten am Tag auf einen großen Baumarkt in Charkiw werden 16 Menschen getötet und 44 verletzt. Unter den Getöteten sind ein 12-jähriges Mädchen und ihre Mutter, berichtet der Gouverneur der Region Charkiw, Oleh Synjehubow.
25.05.2024	Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba fordert nach dem jüngsten »barbarischen« Angriff auf Charkiw mehr Patriot-Luftabwehrsysteme und die Erlaubnis für Angriffe auf militärische Ziele in Russland mit westlichen Waffen.
25.05.2024	Laut dem ukrainischen Generalstab hat die russische Armee seit Beginn der Großinvasion inzwischen mehr als 500.000 Soldaten verloren. Dabei handelt es sich sowohl um getötete als auch schwerverwundete Soldaten. Außerdem wurden ukrainischen Angaben zufolge mehr als 7.600 Panzer, 12.900 Artilleriesysteme und Tausende andere Militärfahrzeuge zerstört.
25.05.2024	NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg schließt sich den zunehmenden Appellen an, die Beschränkungen für den Einsatz westlicher Waffen für Angriffe auf russisches Territorium aufzuheben. »Es ist an der Zeit, dass die Verbündeten darüber nachdenken, einige der Beschränkungen für den Einsatz der Waffen aufzuheben, die sie der Ukraine zur Verfügung gestellt haben«, so Stoltenberg.
26.05.2024	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj berichtet, dass Russland 90 Kilometer nordwestlich von Charkiw weitere Truppen konzentriert habe und womöglich eine weitere Offensive vorbereite. Wer dies tue, wolle keinen Frieden, so Selenskyjs Anspielung auf Berichte über die angebliche russische Bereitschaft für einen Waffenstillstand. Der ukrainische Grenzschutz berichtet von einer Verstärkung der russischen Truppen an der Grenze zu Sumy, die zwar noch nicht für einen Großangriff ausreichen, aber für kleinere lokale Angriffe über die Grenze.
26.05.2024	Während immer mehr Staaten ukrainische Angriffe mit westlichen Waffen auf russisches Territorium befürworten, spricht sich der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz aus Angst vor einer Eskalation »vor einem wirklich großen Krieg« dagegen aus, berichtet die ARD.
27.05.2024	Bei seinem Besuch in Spanien unterzeichnen Wolodymyr Selenskyj und der spanische Premierminister Pedro Sanchez ein bilaterales Sicherheitsabkommen zwischen der Ukraine und Spanien. Es ist das inzwischen zehnte bilaterale Abkommen dieser Art mit einem Verbündeten der Ukraine und sieht im laufenden Jahr Militärhilfen in Höhe von 1 Mrd. Euro vor sowie fünf weiteren Milliarden bis 2027.
27.05.2024	Eine Langstreckendrohne des ukrainischen Militärgeheimdienst (HUR) trifft in der Nacht zum 27. ein russisches Frühwarnradar in Orsk, das rund 1.800 Kilometer entfernt von der ukrainischen Grenze liegt. Das wäre der bisher weiteste Angriff einer ukrainischen Drohne in Russland. Das getroffene Woronesch-Radar kann den Luftraum über große Entfernungen bis zu 6.000 Kilometer überwachen und Angriffe von ballistischen Raketen und Flugzeugen identifizieren.
28.05.2024	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj trifft in Brüssel ein, wo er mit dem belgischen Premierminister Alexander De Croo ein langfristiges ukrainisch-belgisches Sicherheitsabkommen unterzeichnet. Belgien sagt der Ukraine weitere Unterstützungen in Höhe von einer Milliarde US-Dollar zu. Auch wird Belgien der Ukraine bis 2028 insgesamt 30 F-16-Flugzeuge zur Verfügung stellen, von denen die ersten 2024 eintreffen sollen.
28.05.2024	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj reist von Brüssel weiter nach Portugal, wo er mit dem portugiesischen Premierminister Luis Montenegro ein ukrainisch-portugiesisches Sicherheitsabkommen unterzeichnet. 2024 wird Portugal der Ukraine im Rahmen des Abkommens mindestens 126 Millionen Euro an Militärhilfe zukommen lassen.
28.05.2024	Le Monde berichtet, dass der französische Präsident Emmanuel Macron ukrainische Angriffe mit westlichen Waffen auf Militärbasen in Russland unterstützt, von denen aus Moskau die Ukraine angreift. Auch der tschechische Premierminister Petr Fiala schließt sich dieser Meinung an: »Als ein Land, das angegriffen wird, hat die Ukraine natürlich jedes Recht, alle Verteidigungsmittel einzusetzen«, so Fiala laut tschechischer Nachrichtenagentur CTK.

29.05.2024	In der Debatte um ukrainische Angriffe mit westlichen Waffen auf Ziele in Russland bekräftigen Vertreter von Finnland, Kanada und Polen unabhängig voneinander das Recht der Ukraine, sich auch mit ebensolchen Angriffen auf russisches Territorium verteidigen zu dürfen. Damit steigt auch der Druck auf Deutschland und die USA, die bisher gegen solch ein Vorgehen sind, der Ukraine diese Angriffe zu erlauben.
29.05.2024	Durch einen nächtlichen russischen Drohnenangriff auf die Energieversorgung in der Region Riwna kommt es in der Region zu Stromausfällen. Wegen gezielten russischen Angriffen auf die Energieversorgung und der daraus resultierenden Stromdefizite begann die Ukraine am 15. Mai mit planmäßigen Abschaltungen der Stromversorgung.
30.05.2024	Die ukrainische Regierung führt zwei Prüfungen zur Erlangung der ukrainischen Staatsbürgerschaft ein. Die Regierung kündigt an, dass Ausländer:innen zwei Prüfungen – über die ukrainische Verfassung und die Geschichte der Ukraine – ablegen müssen, um die ukrainische Staatsbürgerschaft zu erhalten.
30.05.2024	Tomáš Kopečný, der tschechische Gesandte für den Wiederaufbau der Ukraine, teilt mit, dass die Ukraine im nächsten Monat bis zu 100.000 Artilleriegranaten im Rahmen der tschechischen Artilleriemunitionsinitiative erhalten könnte.
30.05.2024	Laut Weltbank hat sich die Zahl der in Armut lebenden Menschen in der Ukraine seit 2020 um 1,8 Millionen Menschen erhöht. Die aktuelle Lage sei dramatisch, wäre laut Weltbank aber noch schlimmer, wenn die Ukraine keine ausländische Hilfe zur Finanzierung von Renten und Gehältern erhalten würde.
31.05.2024	Laut einem Sprecher des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj haben die USA der Ukraine die Erlaubnis erteilt, russisches Territorium auch mit amerikanischen Waffen anzugreifen, allerdings nur in der Nähe der Stadt Charkiw.
31.05.2024	Als einer der letzten Verbündeten der Ukraine erteilt nach den USA nun auch Deutschland der Ukraine die Erlaubnis, militärische Ziele in Russland mit deutschen Waffen anzugreifen. Verteidigungsminister Boris Pistorius zufolge gelte dies ebenso wie im Fall der USA auf Ziele in der Nähe der Region Charkiw, die in den letzten Wochen besonders stark unter russischen Beschuss gekommen war.
31.05.2024	75 ukrainische Gefangene werden aus russischer Gefangenschaft zurückgebracht. Dabei handelt es sich um Angehörige der Streitkräfte und der Nationalgarde, Grenzsoldat:innen und vier Zivilist:innen. Außerdem erhält die Ukraine von Russland auch die Leichname von 212 gefallenen Soldaten zurück.
31.05.2024	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj reist nach Stockholm, wo er sich mit den Spitzen mehrerer nordischer Staaten trifft. Dabei unterzeichnet er langfristige bilaterale Sicherheitsabkommen mit Schweden und mit Norwegen. Schweden wird der Ukraine im Rahmen des Abkommens in den drei nächsten Jahren 2,2 Mrd. Euro jährlich bereitstellen. Norwegen sagt der Ukraine bis 2027 insgesamt 6,9 Mrd. Euro Militärhilfen zu, darunter auch F-16 Kampffjets.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Lars Fernkorn

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
Chronik: Lars Fernkorn
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
ISSN 1862-555X © 2024 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>